

# Sozialdemokrat

## Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Redaktion und Verwaltung: Prag II, Gabelsbergstr. 82. Einzelpreis 70 Heller. Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich 16,- Kč, Telefon 6796, nachts 6797. Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Prag, vierteljährlich 48,- Kč, halbjährlich 96,- Kč, ganzjährig 192,- Kč. Für Deutschösterreich monatlich 120,- SK, für Deutschland 16,- Mk. Postsparschatkonto 57544. Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

### Massen und Führer.

In der Zeit, da die heutigen Kommunisten unter dem Namen der „Linken“ innerhalb der sozialdemokratischen Partei ihre unheilbringende Tätigkeit entfalten, von der sie uns nicht genug erzählen konnten, daß sie unternommen sei, um die Partei zu radikalisieren und dadurch zu stärken, da war es eines ihrer Hauptargumente, mit dem sie in Versammlungen den frenetischen Beifall ihrer Anhänger hervorriefen, daß zwischen Führern und Massen Unstimmigkeiten herrschen, daß die gesamte Arbeiterschaft für die taktischen Methoden der dritten Internationale sei und nur die Führer, die „Bonzen“ nicht mitmachen wollen. Wie oft haben wir Versammlungen mitgemacht, in denen nicht große Gegensätze der Weltanschauung ausgefochten wurden, sondern in denen es von persönlichen Angriffen auf die Vertrauensmänner des Proletariats nur so brüllte. Wer ein Partei- oder Gewerkschaftssekretär war, wurde von den Kommunisten nicht für vollwertig angesehen. So wie die bürgerlichen Parteien früher die Sekretäre der Partei beschimpft hatten, so wie man von den Arbeiterkreuzern redete, von denen die Angestellten der Partei leben, so übernahmen damals die Kommunisten das traurige Erbe der Deutschnationalen und Deutschgelben, weil ihnen kein Mittel zu schlecht war im Kampfe gegen die Partei, deren Anhänger sie sich selbst einst stolz genannt hatten und deren Sekretäre manche von ihnen gewesen waren. Planmäßig setzten sie das Mißtrauen gegen die Vertrauenspersonen der Arbeiterschaft.

Noch ist kein Jahr seit der Spaltung der Partei vergangen kaum ein halbes Jahr seit der Zeit, da wir in den Kreis- und Bezirkskonferenzen der Partei, in hundert von Lokalorganisationen und zum letztenmal mit den Kommunisten mäßig, und seitdem uns diese Phrasen ans Ohr geklungen haben. Auf dem am Mittwoch beendeten Parteitag der Kommunisten, der den stolzen Titel Vereinigungsparteitag führte, — wer erinnert sich nicht an die Vereinigte kommunistische Partei Deutschlands, die kaum ein paar Wochen nach ihrer Vereinigung in unzählige Gruppen und Grüppchen zerfallen ist — führten die kommunistischen Arbeiter gegen die Sekretäre, die kommunistischen „Bonzen“ eine Sprache, wie sie sozialdemokratische Arbeiter zu führen niemals Grund gehabt haben. Wir können uns wenigstens nicht erinnern, daß man Viktor Adler oder Seliger gesagt hat, sie dürfen nicht allein zu irgend einem Minister gehen. Bei der Debatte über die Wahlen in den Vollzugsausschuss der neuen Partei erklärte der deutsche Kommunist Grünzweig: „Es ist Tatsache, daß die Kandidatenliste nicht uns Arbeiter respektiert hat. Sie hat nicht erlaubt, daß die Arbeiter in den Vollzugsausschuss wenigstens eine teilweise Vertretung haben.“ Noch entschiedener wandte sich der Dubrowitzer Delegierte Krosnar gegen die Drahtzieher des Parteitages: „Die vorgeschlagene Kandidatenliste hat uns, die Delegierten vom Lande, sehr überrascht und wir verstehen nicht, warum wir den Namen einer Arbeiterpartei führen. Wir müssen auf entschiedenste dagegen protestieren, daß dieser Antrag einen Vollzugsausschuss aus lauter Sekretären und Redakteuren schaffen will.“ Solche Worte haben sozialdemokratische Arbeiter ihren Vertrauensmännern noch nicht gesagt und es ist eine sonderbare Fügung der Geschichte, daß gerade bei den Kommunisten eine derartige Sphäre des Mißtrauens zwischen Führern und Massen sich ausgebreitet hat.

Nun müssen sich die kommunistischen Führer, die vor einem halben Jahre noch mit der Besse der Betrachtung von den sozialdemokratischen „Bonzen“ geredet haben, gegen ihre eigenen Anhänger verteidigen. Der Kommunist Kubezel aus Brünn hat plötzlich entdeckt, daß eine Bewegung ohne Sekretäre unmöglich ist und der Herr Neurath muß sich in der Rolle sehen, gegen eine starke Opposition auf dem Parteitag betonen zu müssen, daß man alle Genossen nach ihren Taten und Fähigkeiten beurteilen, daß es keinen Unterschied geben darf zwischen einem Arbeiter und einem Intellektuellen, dem man eine Funktion übertragen hat. Wie sanft sind doch die wilden Männer Kreibich und Neurath geworden! Der Herr Kreibich fängt ein zartes Verhältnis mit der Demokratie an, schüchtern nähert sich ihr der liebende Jüngling und um sich vor der Welt zu rechtfertigen, nennt er dies zarte Verhältnis „Revolutionären Opportunismus“. Der Herr Neurath gar nimmt sich der Sekretäre an! Beide müssen sich von ihren Anhängern sagen lassen, daß, wie es ein Arbeiter auf dem Parteitag bekannt hat, von oben kommandiert und daß auf die Arbeiter überhaupt keine Rücksicht genommen wird. „Es wird gar nicht beachtet, was die Arbeiterschaft von unten auf wünscht.“

Geradezu verächtlich ist es aber, daß das ehemalige Zentralorgan der deutschen Arbeiterschaft, das auf dem Parteitag zu einem einfachen Kreisblatt degradiert worden ist — wie kurz hat doch die Führerschaft der Reichsbanner gebauert! — zu alledem zu sagen hat und wie es vor den Arbeitern alles Vorgeschickene beschönigen und verhüllen will. In seiner gestrigen Nummer schreibt das Blatt: „Das hervorsteckendste Merkmal der Verhandlungen war der klare und offene, unmittelbar zu Tage tretende überragende Einfluß der großen Massen.“ Nach einem Parteitag, der offensichtlich das Mißtrauen der Massen gegen die kommunistischen Führer ausgedeckt hat, der gezeigt hat, daß die Massen die unklare und unentschlossene Haltung während der ungarischen Krise, daß einzig und allein von Demagogie distillierte politische Balanzieren des alten Opportunisten Schmeral und des neuen Opportunisten Kreibich erkennen und sich ihr Urteil über solche Führer bilden, faßelt der „Vorwärts“ von dem „überragenden Einfluß der großen Massen“. Es ist als ob dieses Blatt, das einmal bessere Tage gesehen hat, das einst eine der ersten Stellen unter der sozialdemokratischen Presse Böhmens eingenommen hat und das noch vor dem Karlsbader Parteitag, als um den richtigen Weg zum Sozialismus mit aller Leidenschaft und aller sozialistischen Erkenntnis gerungen wurde, sich auch der Achtung des Gegners erfreute, von seinen eigenen Phrasen so unnebelt ist, daß er das Licht der Wahrheit nicht mehr sieht. Ein Abstieg, wie er sich rascher nicht hätte vollziehen können!

Die Kommunisten haben sich immer damit geholfen, daß sie ihre eigenen Fehler als Schuld der Sozialdemokraten hingestellt haben. Um den armseligsten der proletarischen Parteitage, der je in Böhmen getagt hat, doch einen Glanz zu geben, bewundert der „Vorwärts“ die Offenherzigkeit und die „proletarische Aufrichtigkeit“ der Verhandlungen und verweist darauf, daß auf sozialdemokratischen Parteitagen solche Verhandlungen hinter gepolsterten Türen stattgefunden hätten. Auch das ist eine Behauptung, die sich die Kommunisten in ihrer Ratslosigkeit vorlegen. Gerade die sozialdemokratischen Parteitage der Vor- und Nachkriegszeit haben stets ein Bild stürmischer Kämpfe geboten und keine andere Partei hat

ihre inneren Streitfragen so sehr im vollen Lichte der Öffentlichkeit ausgegetragen, wie die Sozialdemokratie. Wir erinnern nur an den Parteitag zu Dresden 1903, wo die Schlacht zwischen Revisionisten und Radikalen geschlagen wurde, an den Parteitag zu Innsbruck 1911, wo der Streit um den Separatismus ging, an den Parteitag zu Wien 1912, da die Frage der Obstruktion die Leidenschaften erregte und schließlich an den Parteitag zu Karlsbad 1920, wo die Festigkeit der Debatte mehreremale die Verhandlungen zu strengen drohte. Wenn der Reichsbanner „Vorwärts“ gar keine anderen Argumente hat als dieses, ist er in seiner armseligen Geistigkeit wahrhaftig zu bedauern.

Die deutschen Kommunisten in der Tschechoslowakei, die kaum vor Jahresfrist behaupteten, daß hinter ihnen die Massen und gegen sie nur die sozialdemokratischen Führer stehen, erheben nun den Ruf, den vor ihnen der dritte Kommunistenkongress in Moskau erhoben hat: „An die Massen heran!“ Nachdem sie ein ganzes Jahr Politik gemacht haben, entdecken sie plötzlich, daß eine Partei nicht nur von Aufrufen leben kann, die sie Tag für Tag in die Welt geschickt haben, sondern daß es auch Menschen

geben muß, die bereit sind, die tausenden von Parolen aufzunehmen. Das ist das offene Eingeständnis, das die deutschen Kommunisten, Generale ohne Armee sind, ein Geständnis, daß sie auf dem besten Wege sind, eine einflusslose Sekte zu werden. Den deutschen Kommunisten stehen nur zwei Wege offen: entweder sie machen eine Politik, die den gegenwärtigen Interessen der Arbeiter in gleicher Weise Rechnung trägt wie dem sozialistischen Endziel, dann können sie keine andere Politik treiben, wie die deutsche Sozialdemokratie oder sie tun es nicht und dann werden sie eine belanglose Sekte bleiben. Alle Klassenbewußten, revolutionären Arbeiter, deren Wille sie zu politischer Betätigung drängt, die Einfluss gewinnen wollen auf das Schicksal ihrer Klasse, haben daher nur die Möglichkeit, im Rahmen der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Organisationen an dem Aufstieg des Proletariats mitzuarbeiten. Jene Arbeiter, die dies nicht einsehen werden, sind zu tatlosem Sektierertum verurteilt oder sie werden in politische Gleichgültigkeit versinken; den Feind, den wir nach einem Worte Lassalles am meisten hassen.

### Die Entthronung der Habsburger. Verhandlung des Gesetzes in der ungarischen Nationalversammlung.

Budapest, 3. November. (MVB.) Die Nationalversammlung verhandelte heute den Gesetzesentwurf über das Entschicken des Herrscherthrones des Königs Karl IV. und der Erbfolge des Hauses Habsburg.

Der Referent des staatsrechtlichen Ausschusses Abgeord. Stephan Rubinek unterbreitete den Ausschussbericht und erklärte: Im Gesetzartikel 1 vom Jahre 1920 hat die Nationalversammlung bestimmt, daß die Ausübung der Königsrechte seit dem 13. Novemb. 1918 ruhe. Gleichzeitig behielt sich die Nationalversammlung die Thronfrage und die Frage der Thronfolge sowie die Bestimmung der Person des Königs bis zur Zeit nach dem Friedensschlusse vor. Solange die Frage der Ausübung der Macht des Staatsoberhauptes nicht geregelt werden kann, wählte die Nationalversammlung zur provisorischen Ausübung der Macht des Staatsoberhauptes einen Gouverneur. Dies hatte im ganzen Lande allgemeine Beifügung zur Folge. Obwohl die endgültige Regelung der schwierigen Fragen keineswegs aktuell war, versuchten einzelne Faktoren ohne Befragung der Nationalversammlung, ja sogar gegen deren Willen diese schwierigen Fragen einseitig zu lösen. Infolge dieser bedauerlichen Versuche, die das Land den Gefahren einer neuerlichen Besetzung aussetzten, ist die Zwangslage entstanden, jene Fragen endgültig zu erledigen, deren Erledigung die Nationalversammlung im Gesetzartikel 1 vom Jahre 1920 seinerzeit sich selbst vorbehalten hat. Die Nationalversammlung wurde gegenwärtig fremden äußeren Einflüssen unterworfen, die wir nicht anders bezeichnen können, als eine unberechtigte Einmischung in magyarische innere Angelegenheiten. (Allgemeine Zustimmung.) Die inneren und äußeren Komplikationen zogen es nach sich, daß die Lösung der schwierigen Fragen aktuell wurde und die Regierung genötigt war, den vorliegenden Gesetzesentwurf der Nationalversammlung zu unterbreiten.

Ministerpräsident Graf Bethlen erklärte, der Gesetzesentwurf sei keine Konsequenz der Entwicklung des normalen konstitutionellen Lebens, sondern er sei die Folge der Ereignisse der

letzten zwei Wochen. Es liege der Nationalversammlung ein Gesetzesentwurf vor, der mit einem Federstrich die Entwicklung von 400 Jahren durchstreiche. Zwei Umstände seien es, die in so kurzer Zeit die Lehre heranreifen ließen, erstens jenes leidenschaftliche Experiment, dem der König und die Dynastie zum Opfer fielen... (Zwischenruf des Abgeordneten der Friedrichspartei: Es lebe der König! Rufe auf den Banken der Abgeordneten der Partei der kleinen Landwirte: Ihr Schandmagyaren!) ... jenes gewissenlose Experiment, dem der König, die Dynastie und auch die Ruhe der Nation zum Opfer fielen. Zweitens jenes gierige Bestreben, das sich infolge des Experimentes bei unsoren Nachbarn zeigte und dessen Zweck war, uns mit Waffengewalt zur Erfüllung ihrer Forderungen zu zwingen. Er müsse im Namen der magyarischen Regierung und der magyarischen Nation seltene Verwahrung gegen jene ausländische Einmischung einlegen. (Lebhafte Zustimmung im ganzen Hause.) Da die magyarische Regierung alles was sie gelan, aus eigenem Antriebe getan hat, indem sie sich der einseitigen Restauration entgegenstellte und deren Verwirklichung unmöglich machte, hat sie ihre Pflicht erfüllt. Er könne nur darüber lächeln, daß man dem Lande die Mobilisierungskosten der Kleinen Entente aufbürden wolle, da die magyarische Regierung alles daran gesetzt habe, jene Bestrebungen, die die innere Ruhe Magyarens bedrohten, unmöglich zu machen. Da auch der Vollzug der territorialen Bestimmungen des Friedensvertrages zur Sprache kam, konnte sich dies nur auf das Venediger Abkommen beziehen, das gerade im Interesse des Vollzuges des Friedensvertrages zwischen Magyaren und der beteiligten Partei zustande kam, und gerade durch Vermittlung einer Großmacht. Daß die Habsburgerfrage uns gegenüber in dieser Form aufgeworfen wurde, ist vielleicht gleichfalls damit zu erklären, daß sie, obwohl sie vom internationalen Standpunkte offenbar Ungarn innerpolitische Angelegenheit ist, nur dann zur außenpolitischen Frage wurde, wenn es wahr ist, daß selbst jene

verleihen den Thesen, und Traditionen, die die rings um uns wohnenden Völker an die Dynastie knüpfen, doch genügend stark sind, um die Einheit der Nachbarländer zu locken. (Minutenlanger Beifall.) Die Lage Mitteleuropas bedeutet, wie dies auch die jüngsten Ereignisse zeigten, eine schwere Krankheit. Die Ursache dieses Zustandes aber liegt nicht darin, daß wir etwa krankhafte Ambitionen hegen, sondern darin, daß unsere Nachbarn selbst dieses schwache Ungarn nicht dulden wollen. Wir müssen auch in Zukunft um das Wohlwollen der Großmächte bitten, da wir auf dem Pfade der Friedenspolitik bleiben wollen. Der vorliegende Gesetzentwurf steht im Dienste dieses Friedens.

Sodann ergriff Graf Albert Apponyi das Wort und erklärte, er sei davon überzeugt, daß die flammende Begeisterung des Ministerpräsidenten, die er in der jetzigen Zwangslage auf-

gebracht hat und die sich in der an die ganze Kulturwelt gerichteten Rede offenbare, im ganzen Lande aufrichtige Begeisterung erwecken und den flammenden Willen zeitigen werde, ohne Rücksicht sich zur Verteidigung der nationalen Schätze zu vereinigen. Jeder Versuch oder eine Androhung bewaffneten Einschreitens sei eine flagrante Verletzung des Völkerbündungsvertrages. Gegen diese Verletzung müsse mit solcher Kraft protestiert werden, daß dies auch außerhalb der Grenzen des Landes vernommen werde. (Stürmischer Beifall.) Eine weitere Verletzung des Friedensvertrages bedeutet die Fortsetzung der Kleinen Entente bezüglich der Teilnahme an der Entwaffnung.

Nachdem noch mehrere Redner gesprochen hatten, wurde die Verhandlung auf morgen vertagt.

## Beratungen des Budgetausschusses.

Der Budgetausschuß setzte gestern in Anwesenheit des Justizministers und des Finanzministers und des Präsidenten des Obersten Rechnungskontrollamtes Dr. Körner sowie von Vertretern der verschiedenen Ressorts die Spezialdebatte über den Staatsvoranschlag fort.

Abg. Dr. Hofel (tsch. Mer.) referierte über das Kapitel Oberster Verwaltungsgerichtshof, welches Ausgaben im Betrage von 3.058.000 Kronen vorsieht. Sodann referierte er über das Kapitel Oberstes Rechnungskontrollamt mit einem Gesamtaufwand von 2.947.000 K.

Abg. Spacel (Nat. Dem.) referierte über das Kapitel Justizministerium mit einem Gesamtaufwand von 262.845.000 K und Einnahmen von 17.945.000 K. Neu erscheint in diesem Budget der Posten für die neuerrichtete Besserungs- und Strafanstalt für Frauen in Nikolsburg, die später in eine Anstalt für jugendliche weibliche Häftlinge umgewandelt werden soll. Redner befaßte sich sodann mit den Zuständen bei den Gerichten, die durch ihre Agenda unglücklich überlastet seien. Ebenso sei es bei den Staatsanwaltschaften. Bei den Strafgerichten ist die Überlastung größer als bei den Zivilgerichten, welche traurige Erscheinung durch das Sinken der Moral infolge des Krieges zu erklären sei. An den Richterstand werden so schwere Anforderungen gestellt, daß es notwendig sein wird, gewissen Forderungen, die aus den Kreisen des Richterstandes laut werden, gerecht zu werden. Die Dienstbezüge der Richter sollten derart geregelt werden, daß darin eine gerechte Entlohnung für ihre Arbeit, die Sicherstellung der materiellen Unabhängigkeit und ein Anreiz für einen genügenden richterlichen Nachwuchs gelegen wäre, denn die Anmeldungen von Aspiranten für den Richterstand sind außerordentlich gering. Schließlich urteilt der Referent die Durchführung der Richterernennungen in die 5. und 6. Monatsklasse, die schon im Mai vorbereitet und prinzipiell im Ministerrat genehmigt wurde.

Abg. Windirsch (Deutsch. Landwirt.) überreichte eine Resolution betreffend die Aufhebung der Wuchergerichte, beziehungsweise, falls sie abgelehnt würde, eine Novellierung des Wuchergesetzes. Nach ihm sprach Panell (d. Nat. Soz.)

Taub (Deutsch. Soz. Dem.) spricht über den Zweck des Obersten Kontrollamtes, das bis jetzt den Anforderungen des Gesetzes vom 20. März 1919 nicht entsprochen habe. Bis jetzt hat das Kontrollamt für 1920 der Nationalversammlung keine Rechnung gelegt. Redner kommt hierauf auf den Posten „Fahrkarten“ zu sprechen, der nach der Aufhebung des Freiartensystems ins Budget eingeleitet werden mußte. Zum Kapitel Justizministerium erklärte Genosse Taub, daß trotz mehrfacher Versicherung keine Durchführungsverordnung für Gerichte zum Sprachenaeser erlassen wurde. Hierauf fordert Taub die Hastentlassung der Arbeiter, die wegen der Dezemberunruhen eingekerkert wurden und verurteilt weiter die herrschende Zensur, die sich durch ihre größere Härte von der des alten Oesterreich unterscheidet. Die Zensoren gehen willkürlich und eigenmächtig vor. Im Gegensatz zum deutschen Agrarier Windirsch, der für eine baldige Aufhebung der Wuchergerichte ist, verlangt Taub strengste Verfolgung des Wuchers. „Wir bedauern, daß die Urteile zu milde sind.“ Zum Kapitel Gerichtsverfassung regt Taub die Errichtung eines Gewerbegerichtes am Sitz jedes Bezirksgerichtes an. Da das Arbeiterrecht eine sehr komplizierte Materie ist, sind Spezialstudien der Richter von Nutzen. Der Betrag für Strahlungsstudien, 20.000 K., ist unzureichend und muß erhöht werden. Es ist eine Notwendigkeit, wie in anderen Staaten, eine parlamentarische Kommission zur Überwachung der Strafanstalten einzusetzen. Das Schul- und Sanitätswesen der Strafanstalten ist im Budget ebenfalls zu niedrig angesetzt. Zum Schluß seiner Ausführungen verlangt Genosse Taub Aufklärung über die unverhältnismäßige Erhöhung der Einnahmen des Justizministeriums von 2 auf 11 Millionen Kronen. Während in dem Berichte des Justizministeriums lediglich eine Prezisierung der Ausgaben angeführt sei, fehle die der Einnahmen.

Abg. Burtbal (tschech. Nat. Soz.) beklagt sich über zahlreiche Fälle einer langsamen Entscheidung der Appellationen bei den höheren

Gerichten und beklagt sich über die Konfiskationspraxis.

### Der Justizminister über Konfiskationen.

Justizminister Dr. Dolansky erklärt, daß das Justizministerium auf dem Standpunkt stehe, daß jede freie Kritik erlaubt sei, für den Staat sogar gesund und im Interesse einer geordneten staatlichen Verwaltung sogar notwendig sei, aber man dürfe Beamte nicht Verbrechen zeihen und sie nicht unehrenhafter Handlungen verdächtigen. Die Konfiskationspraxis ist gerade in der letzten Zeit eine mildere geworden und das Vorgehen bei den Konfiskationen war weit wohlwollender als bisher. Das Justizministerium läßt jede Kritik durch, es handelt sich bloß darum, daß die Kritik die richtige Form einhält. Das Ministerium wird überall einschreiten, wo die Konfiskation vielleicht in ungerechtfertigter Weise erfolgt. Was die Beschwerden über die langsame Erledigung der Akten bei den oberen Gerichten betrifft, erklärte der Minister, daß diese Mißstände bald durch eine Neuorganisation der Prinzipien der Vorrückung des Richterpersonals beseitigt werden dürften. Wenn einzelne Sachen irgendwo liegen geblieben sind, so wurde das durch die Umstände verschuldet. Das Ministerium achtet darauf, daß die unerledigten Reste so rasch als möglich aufgearbeitet werden. Was die Frage der Ernennung der Unterbeamten zu Beamten anbelangt, so ist die Sache im Staatsangestelltenausschuß stecken geblieben.

Abg. Bubnil (Komm.) bespricht die Verhältnisse in den Strafanstalten und verlangt eine Besserung, namentlich was die Kost anbelangt. Die politischen Häftlinge beschwerten sich, daß sie die ihnen gesetzlich gewährleisteten Begünstigungen nicht erhalten. Redner beklagte sich schließlich über die zahlreichen Konfiskationen des „Rude Pravo“.

Justizminister Dr. Dolansky erwidert, daß die Partei, welcher der Vorredner angehört, selbst daran schuld ist, wenn sie der Milderung der Konfiskationspraxis nicht teilhaftig geworden sei, denn die Form und der Inhalt der Artikel in den Organen dieser Partei ist ein derartiger, daß er von der Staatsverwaltung nicht übersehen werden kann. Die „Roknoli“ mußte heuer bis Ende September 88 mal konfiszieren werden. Der Minister sehe sehr ungern in den Zeitungen weiche Rede, da dadurch oftmals gerade das Gegenteil dessen erzielt werde, als man erzielen will. Aber es liegt auch an den Zeitungen und an den politischen Parteien, die Wurzeln des Staates nicht anzugreifen und die staatliche Verwaltung nicht durch staatsfeindliche Kundgebungen dazu zu zwingen, zu derartigen Maßnahmen zu greifen.

Abg. Vanda (tsch. Soz. Dem.) spricht sich gegen die Diäten der richterlichen Beamten in der Slowakei aus. In der Slowakei werde Klassenjustiz betrieben und die Großgrundbesitzer gegenüber den Arbeitern bevorzugt. Schließlich beklagt er sich darüber, daß den Arbeitslosen durch die aewerbliche Beschäftigung der Häftlinge Arbeitsgelegenheit genommen werde.

In die Debatte griffen darauf der Vertreter des Justizministeriums Sachvorstand Dr. Polak, Abg. Kobracel und Abg. Kemez (tschech. Soz. Dem.) ein. Dieser wünscht ein strenges Vorgehen gegen alle, die auf Grund von Diplomatenvässer Palustschreibungen gemacht haben. Ebenso fordert er energische Maßnahmen gegen den Wucher. Schließlich hemängelt er die Unzulänglichkeit der Gerichts- und Konfiskationspraxis.

### Frauen als Richter.

Abg. Deutsch (d. Soz. Dem.) beklagt sich über die Ungerechtfertigkeit, die in der ausschließlichen Verwendung der Männer zum Richteramt liegt. Die Frau ist ebenso zum Richteramt befähigt. Sicherlich würden aber humanere Urteile gefällt werden. Eine Notwendigkeit sind eigene Anstalten für jugendliche Strahlende. Noch immer sind die jugendlichen Strahlende nicht von den älteren geschieden, ein Umstand, der den Besserungszweck der Jugendlichen gefährdet.

Justizminister Dolansky reagiert auf die Ausführungen der Genossin Deutsch. An der Slowakei z. B. hätten sich gerade die Frauen in richterlichen Funktionen bewährt. Die Beschwerde, daß jugendliche nicht eigene Straf-

anstalten besitzen, erklärt er als unbegründet und verweist auf die Komensky-Anstalt in Kaschau, wo die jugendlichen Verbrecher unter freiem Himmel verschiedene Arbeiten verrichten. Nirgendwo seien diese mit den älteren Verbrechern beisammen. Als Neues teilt der Minister die Errichtung einer großen Strafanstalt für Frauen in Nikolsburg mit. Der Justizminister appelliert an die politischen Parteien, dem neuen Wuchergesetz zur raschen Durchführung zu verhelfen. Er konstatiert u. a., daß man nicht an die Aushebung eines einzigen Bezirksgerichtes denke. Was die politischen Häftlinge anbelangt, werde die Regierung ehestens einen Gesetzentwurf vorlegen. Die Sprachverordnungen fallen in den Bereich der ganzen Regierung, doch sei diesbezüglich alles vorbereitet.

Zu der Nachmittagsansitzung spricht zunächst Abg. Slabicek (tschech. Nat. Soz.) als Berichtserstatter über Punkt 15 und 15a (Handelsministerium) und Punkt 16 (Außenhandelsamt). Die Ausgaben des Handelsministeriums betragen 21.941.191 K. Die Deszendenz sei in Bezug auf das Kleingewerbe und die Gewerbe-Arbeiterschaft mit dem Handelsministerium nicht zufrieden. Auch der administrative Teil dieses Ministeriums verfaßt. Die Bewerber seien im Beratungsausschuß nicht vertreten. Die Beamtenschaft unserer ausländischen Konsulate sei über unsere Handelspolitik ungenügend informiert. Er verweist auf das diesbezügliche Schreiben in Deutschland. Er wünscht einen erhöhten Budgetposten für das Handelsministerium mit besonderer Berücksichtigung der Slowakei. Das Außenhandelsamt hätte sofort nach dem Umsturz errichtet werden sollen. Es habe im ganzen seine Pflicht erfüllt.

### Handelspolitik. — Kleiner Grenzverkehr.

Abg. Diel (d. Soz. Dem.) erklärt, daß unsere Handelspolitik passiv sei. Es wäre also die notwendigste Aufgabe des Staates, diese Passivität zu beseitigen. Unsere Handelspolitik kann nur gegen Osten zu orientiert sein, weil dort unsere natürlichen Abnehmer sind. Aktiv wird sie nur dann sein, wenn wir wieder die Handelsbeziehungen mit den Einwohnern unserer früheren Abnahmegebiete aufnehmen. Die Wirklichkeit zeigt, daß 33% aller Ausfuhr nach Deutschland und Oesterreich geht. Es wäre auch nötig, daß alle Handelsvereinbarungen zur Zeit einem Geschehen den Ausschüsse vorgelegt würden, und daß man es auch versuche, endlich die Handelsbeziehungen mit Rußland aufzunehmen. Wenn der Ernst unseres Geschäftes darunter gelitten habe, daß einige Aufträge nicht solid durchgeführt wurden, so wäre es nötig, eine Korrektur in dieser Richtung vorzunehmen. Ein anderes Hindernis bilden die Bahn- und Verkehrsschwierigkeiten. Es wäre in dieser Richtung nötig, den sogenannten Kleinen Grenzverkehr im bisherigen Ausmaße aufrecht zu erhalten und die Hindernisse bei der Ausfuhr der Rasse zu beseitigen. Das würde den Handelverkehr und nicht minder unsere Valuta fördern. Genosse Diel protestiert hierauf gegen das Außenhandelsamt. Es müßte endlich die Valuta stabilisiert werden, damit man zu einer gerechten Wirtschaft gelangen könne. Deshalb müßten so rasch als möglich die Handelsbeziehungen mit allen Staaten, auch mit Rußland, aufgenommen werden. Zum Schluß wünscht Genosse Diel, daß für die Handelsangelegenheiten eine besondere Interessenvertretung gegründet werde, da die bisherigen Gesetze die Handelsangelegenheiten nicht genügend schützten.

Der Handelsminister Ing. Novak verspricht, soweit es möglich sei, überall Abhilfe zu schaffen. Für sehr wichtig hält er den Zolltarif, dessen Novellierung durchgeführt wird. Durch ihn werde der Übergang zu normalen Verhältnissen geschaffen werden. Unsere Handelsbilanz weist im Jahre 1921 vom 1. Jänner bis Ende September ein Aktivum von über 290 Millionen Kronen auf. Er zollt schließlich der Beamtenschaft des Außenhandelsamtes großes Lob.

Abg. Taub (d. Soz. Dem.) bedauert, daß der Handelsminister sich in seiner Erklärung, wie es scheint, absichtlich auf die administrativen Angelegenheiten beschränkt habe, er ersucht ihn aber, er möchte doch dem Ausschusse mitteilen, wie er sich die handelspolitische und industrielle Entwicklung der Republik vorstelle. Er ersucht weiters den Handelsminister, rechtzeitig den politischen Parteien den neuen Zolltarif mitzuteilen.

### Handelsverträge.

Handelsminister Novak erklärt, daß wir mit Oesterreich und Polen schon Handelsverträge abgeschlossen haben und daß der Vertrag mit Frankreich revidiert wird. Es sei nicht unsere Schuld, daß die Revision notwendig ist. Der Minister ist der Meinung, daß Schwachsicherei nicht am Platze sei. Wenn der eine oder der andere Industriezweig ohne Arbeit ist, sprechen wir gleich von einer industriellen Krise, während derartige Krisen vor dem Kriege alljährlich vorkamen. Was die Zollfrage betrifft, so ist es richtig, daß die gegenwärtigen Zölle nicht den wirklichen Verhältnissen entsprechen, denn eine große Anzahl von Eruben arbeitet mit Schäden. Die Einnahmetarife sind tatsächlich bei uns höher, als in Deutschland, aber der Minister vermag in ihrem Abbau kein Beil zu erblicken, weil dadurch der Staat auf einer anderen Seite wieder belastet werden müßte. Das Beil heisse darin, daß alle Nachbarstaaten die Zölle

hohntarife weit mehr erhöhen müssen als wir und dadurch werden wir wieder exportunfähig. Der Minister warnt die Industriekreise vor dem Streben, bei der sinkenden Valuta zu exportieren, weil hier das Schlagwort gilt, wer durchhält, der gewinnt. Wir sind auf dem besten Wege, durchzuhalten. In dieser Politik will der Minister fortfahren.

Abg. Bubnil (Kommunist.) beantragt eine Resolution, in der die Regierung aufgefordert wird, sofort die kommerziellen und diplomatischen Beziehungen zu Rußland im Interesse des Wirtschaftslebens aufzunehmen, dessen Zerfall am meisten die Arbeitererschaft zu fühlen habe. Diese trägt die Lasten der ungesunden Handelspolitik durch Arbeitslosigkeit in Handel und Gewerbe.

Es kamen weiter die Abgeordneten Böhmman (Deutsch. Agr.) und Sontag (tsch. Agr.) zu Worte. Letzterer ist mit dem Voranschlage des Handelsministeriums deshalb nicht zufrieden, weil dieses Ministerium schlecht dotiert sei. Leider habe das Handelsministerium mit dem Außenministerium Kompetenzstreitigkeiten. Hierauf polemisiert Sontag gegen die Forderung des Genossen Diel und des Abgeordneten Bubnil, die Handelsbeziehungen mit Rußland wünschen. In die Debatte greift noch Abg. Vanda und Abg. Kemez (tsch. Soz. Dem.) ein. Er macht aufmerksam, daß es unserem Außenhandel am meisten schade, daß sein Mittelpunkt noch immer Wien sei, was eine Schuld der Kaufmannschaft bedeute. Nach den letzten Erklärungen sei nichts gegen eine schnelle Aufhebung von Handelsbeziehungen mit Rußland einzutenden.

### Keine Handelsbeziehungen zu Rußland.

Der Berichtserstatter Slabicek (tsch. Nat. Soz.) erklärte im Schlußwort, daß die tschechoslowakische Regierung keine diplomatischen oder Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland aufknüpfen könne, weil innerhalb Rußlands die Sicherheit der Person und des Eigentums nicht gewährleistet werde.

Nächste Sitzung heute, Samstag, um halb 9 Uhr vormittags.

## Inland.

Butter am Kopf. Der deutsche Agrarier-Abg. Windirsch beantragte im gestrigen Budgetausschuß, die Regierung möge so bald als möglich den Gesetzentwurf über die Aufhebung der Wuchergerichte dem Parlamente vorlegen. Die Wuchergerichte, gegen die sich der Abg. Windirsch richtet, haben die peinliche Aufgabe, Wucherer, preistreibende Butterhändler, selbst wenn sie Abg. ordnung sind, und mit Butter unerlaubt Geschäfte treiben, zu verurteilen. Herr Windirsch weiß aus begründlichen Gründen, was er mit seinem Antrag will...

Entlassung eines Parlamentsbeamten. Professor Klusser, der vor einigen Monaten eine Broschüre „Deutsche Politiker an das tschechische Volk“ erschienen ließ und eine Antwort tschechischer Politiker an das deutsche Volk vorbereitete, wurde aus dem Übersetzungsbüro des Parlaments entlassen. Der Grund hierfür sollen die Enthüllungen des Professor Jarolimel in der Zeitschrift „Parlament“ sein, der Klusser tendenziöse Umstellung der Reden in der deutschen und tschechischen Ausgabe seiner Broschüre nachzuweisen sucht.

Die Kommunisten wollen nicht als staatsfeindlich gelten. Der „Cas“, das Organ des Ministerpräsidenten Beneßch, hat bei der Besprechung des Kommunistenkongresses behauptet, daß die Gründung einer einheitlichen kommunistischen Partei die Kriegserklärung an den Staat und seine innere Konsolidierung bedeute. Unter der Führung einer auswärtigen Macht, Moskaus, sei der Partei zur Vernichtung des Staates und zur Herbeiführung der bewaffneten Revolution jedes Mittel recht. Von diesem Standpunkt aus müsse daher die kommunistische Partei angesehen werden. Den Vorwurf antistaatlicher Gesinnung will man das Abendblatt des „Rude Pravo“ nicht auf der Partei sitzen lassen und wendet sich daher im Leitartikel vom Freitag gegen diese Anschuldigung des „Cas“. Es heißt darin: „Bei dieser Darstellung sieht die Sache so aus, als ob wir diesen Staat aus der Welt schaffen wollen. Aber hier liegt eine unrichtige Auffassung des Begriffes Staat vor. Wir stehen im Kampfe gegen den kapitalistischen und bourgeoisen Inhalt dieses Staates, gegen das kapitalistische Regime, welches das politische Regime dieses Staates ist. Wenn also die Faktoren, welche hinter dem „Cas“ stehen, glauben, daß der Begriff Staat sich mit dem Regierungssystem der Machthaber deckt, und wenn sie weiterhin glauben, daß die unhaltbare kapitalistische Ordnung der Staat ist, dann dennunzieren sie begrifflich unseiner Kampf als staatsfeindlich. Wir sind aber der Ueberzeugung, daß das politische Regime und die kapitalistische Ordnung an und für sich nicht der Staat sind, daß sie bloß eine Form darstellen. Jeder, der mit ihr nicht einverstanden ist, hat das Recht, sich um eine bessere und wirksamere Erfüllung des Staates zu bemühen.“

ringsgasse 9. Anmeldungen von Organisierten werden vor Beginn des Kurzes entgegengenommen.

Eine neue deutsche Hochschule in Riga. Am 18. September wurde in Riga das „Herder-Institut“ eröffnet. Damit ist an der äußersten Grenze Europas eine neue deutsche Hochschule entstanden, das schwergeprüfte Deutschum Lettlands hat nun ein geistiges Zentrum erhalten. Die Herderhochschule hofft, ihren akademischen Bürgern eine volle wissenschaftliche Ausbildung in der Philosophie, Theologie, Germanistik, Geschichte und Jurisprudenz geben zu können und in der Naturwissenschaft und Naturwissenschaft wenigstens gewisse Grundlagen und andererseits Ergänzungen zu dem, was die lettlandische staatliche Hochschule bietet. Sie hat fünfzig staatl. Hochschullehrer. Sie hat fünfzig staatl. Hochschullehrer. Sie hat fünfzig staatl. Hochschullehrer.

Die Falkenkreuzer wollen Blut fließen sehen. Die Berliner „Kreuzzeitung“ veröffentlichte diese Tage unter der Signatur: „Vor dem Bürgerkrieg in Halle“ folgende Zuschrift aus Halle a. Saale:

Nachdem die Aufhebung des Verbots der kommunistischen Zeitung „Der Klassenkampf“ (wie wir bereits mitgeteilt haben) durch die Gewaltdrohungen der kommunistischen Presse Halles nunmehr ungehindert zu Gewalttätigkeiten gegen die rechtsgerichtete Bevölkerung und zum Ungehörigen gegen erlassene Verordnungen aufreizen, ohne daß ihr von dem sozialistischen Jenfer und Polizeidirektor Böhm auch nur ein Haar gekrümmt wird. Insbesondere darf sie ihre Anhänger zur Verübung von Gewalttätigkeiten an dem General v. Lettow-Worbat aufreizen, der am kommenden Sonntag, den 6. November, in Halle zu sprechen gedenkt. Es wird offen aufgefodert, den General hier in Halle ebenso zu mißhandeln, wie es jüngst in Jena geschah, ohne daß die Polizeibehörde dagegen einschreitet. Da für den kommenden Sonntag von nationaler Seite Abwehrmaßnahmen ins Auge gefaßt sind (Aufbietung des Stahlhelmbundes und des deutschvölkischen Waffeninges), so wird leider mit blutigen Ereignissen zu rechnen sein.

Die Aufhebung des Verbots der Zeitung „Der Klassenkampf“ ist nicht erzwungen worden. Das Verbot war haltlos und in jeder Beziehung ungerechtfertigt. Daß zu Gewalttätigkeiten gegen Lettow-Worbat aufgerufen worden ist, entspricht ebensowenig den Tatsachen, daß aber das bewaffnete Gefindel des Stahlhelmbundes und des deutschvölkischen Waffeninges für kommenden Sonntag ein Flußbad geplant hat, kann nach der Zuschrift der „Kreuzzeitung“ keinem Zweifel unterliegen.

Kriegsbeschädigte meldet Euch! Das Landesamt für Kriegsbeschädigtenfürsorge in Böhmen ersucht uns um Veröffentlichung folgender Bekanntmachung: „Alle Kriegsbeschädigten werden aufmerksam gemacht, daß sie sich, gemäß der vor kurzem ergangenen Aufforderung, anmelden verpflichtet sind. Zu melden haben sich nur jene, welche bisher überhaupt noch keinen Bescheid über ihre Rente besitzen, also jene nicht, welche den Bescheid schon haben, jedoch den Nachtrag vom 1. Mai 1920 bisher noch nicht ausbezahlt erhielten. Solche, die Nachtragszahlung betreffende Fragen sind überhaupt keine Berücksichtigung fänden. Zur Bemessung der Nachtragszahlungen wird nach Beendigung der Rentenebemessung geschritten, was schon in nächster Zeit geschehen wird. Behufs Konfirmation derjenigen Invaliden, welche noch nicht im Besitze des Bescheides sind, ist es unbedingt notwendig, die in der Aufforderung zur Konfirmation angeführten Fragen zu beantworten und die dabei erforderlichen Belege vorzulegen. Der Bescheid hat wie immer abgeschrieben werden; jedoch hat die Abschrift alle am Bescheid angeführten Angaben, also auch den Wohnort, zu enthalten. Ein Nichtnachkommen dieser Aufforderung ist eine Falschheit, welche nur dem Invaliden selbst schadet, da ansonsten seine Akten ohne Berücksichtigung abgelegt werden. Die Anmeldungen können erfolgen bei den Ortsgruppen des „Bundes der Kriegsverletzten“ und bei den Bezirksämtern für Kriegsbeschädigtenfürsorge. Diese Organisationen senden sodann die Anmeldungen gesammelt ihrer nächstvorgesehenen Organisation, also dem Kreissekretariat, wenn ein solches nicht besteht, direkt an die Zentralorganisation. Die Einzelorganisation der Invaliden an die höhere Organisation oder direkt an das Landesamt hemmt sehr die Aktion und die Verzögerungen werden nur der leichtfertigen Invalide selbst. Ein guter Erfolg der Aktion, d. h. die rasche Bemessung der Renten, erfordert lateinisch, daß sich einerseits die Invalidenorganisation strikt an die ihnen erteilten Weisungen halten und besonderes Augenmerk darauf fassen, daß alle gezeichneten Akten genau auszufüllen sind, andererseits, daß sich alle diejenigen Invaliden anmelden, welche bisher noch keinen Bescheid besitzen; aber nur diese, nicht jene, welche bereits einen Bescheid haben. Dasselbe gilt für die Hinterbliebenen. Die Fragebogen über die Erwerbs- und Ver-

mögensverhältnisse haben nur jene vorzulegen, welche sie bisher noch nicht dem Landesamt eingeleistet haben. Nicht dieser Fragebogen beigelegt wird, ist es ebenfalls unbedingt notwendig, die angeführten Fragen zu beantworten und eine Abschrift des Bescheides beizulegen, da sonst der Fragebogen bedeutungslos ist. Welche Bogen zu beantworten und welche Belege vorzulegen sind, ist in den vor kurzem ergangenen Aufforderungen angeführt, die bei den Ortsinvalidenorganisationen und den Bezirksämtern für Kriegsbeschädigtenfürsorge zur Einsichtnahme aufliegen. Die Weisung ist zur Einsicht zu nehmen und die Anmeldung kann gleich in den Lokaltäten der Organisationen oder Bezirksämtern für Kriegsbeschädigtenfürsorge vorgenommen oder eine Abschrift gemacht werden. Formulare werden keine ausgegeben. Die Anmeldungsfrist wird definitiv bis zum 10. November 1921 erstreckt. An der Gewissenhaftigkeit, mit welcher die Invalidenorganisation diese Aktion durchführen werden, hängt ihre Bedeutung und der Platz ab, den sie in der künftigen Organisation der sozialen Fürsorge einnehmen werden.

Die Zensoren in der Provinz verstehen ihr Handwerk meisterhaft. Es vergeht kein Tag, an dem nicht mindestens eines unserer Parteiblätter konfisziert wird. Mittwochs war es die „Kreuzzeitung“, in der der Aufschrift des dortigen Zensors wütete, Donnerstags verfielen das „Kreuz“ und die „Troppauer Volkszeitung“ der Beschlagnahme. In diesem Blatte ist der größte Teil der Rede konfisziert, die Genosse Palme am offenen Grab der Grasliger Opfer hielt und die sowohl der Sozialdemokratischen Partei als auch wir unbeankend zitierten. Das „Volksrecht“ wurde wegen eines Artikels beschlagnahmt, der dem „Sozialdemokrat“ nachgedruckt war. Dies beweist, mit welcher Willkür die Zensoren ihr trauriges Geschäft betreiben. Sie haben gerade diese Systemlosigkeit zum System erhoben, sie konfiszieren ohne Bedenken, was ihnen gerade einfällt. Vielleicht dämmert den Herren doch bald, daß sie allzu sehr mit der Geduld der Arbeiterklasse spekulieren, wenn sie glauben, daß sich diese solche Vernechtung weiter ruhig werden gefallen lassen.

Mord und Selbstmord. Am Hotel Stefan quartierte sich am 1. November der Geschäftsmann Karl Viduna aus Oberböden bei Komotau mit Ella Viduna aus Königberg, welche er als seine Frau anmeldete, ein. Weil das Paar lange keine Rechnung nicht beglich, rief der Eigentümer des Hotels die Sicherheitswache herbei. Als der Wächter das Zimmer betreten wollte, war die Tür verschlossen. Da erkämpften im Zimmer drei Schüsse, das Zimmer wurde mit Gewalt geöffnet und die Postleiwache fand darin die Weineder mit zwei Schußwunden in der Brust im Bette liegend. Neben ihr kniete Viduna, sein Kopf war auf das Kissen herabgesunken, in der Hand hielt er einen schweißnassen Revolver. Die Weineder war schwer verletzt und gab beim Verhören an, daß Viduna gegen sie mit ihrer Zustimmung zwei Schüsse abgegeben und sich dann selbst erschossen habe. Er habe dies aus unglücklicher Liebe getan. Die Weineder hatte vor der Tat an ihren Vater einen Brief geschrieben und Viduna hatte gleichfalls seine Frau von der Tat benachrichtigt. Die Leiche Vidunas wurde ins gerichtsarztliche Institut geschafft, die Weineder aber ins allgemeine Krankenhaus überführt, wo sie, nachdem an ihr sofort eine Operation vorgenommen worden war, gestern Vormittag starb. Ihre Leiche wurde zur gerichtlichen Obduktion ins gerichtsarztliche Institut überführt.

Opfer der Arbeit. Auf dem Bahnhofsplatz Prag-Brno arbeitete der Rahnhoferarbeiter Wenzel Mann aus Komotau. Pflöchl fiel er aus der Höhe des ersten Stockwerkes herab und erlitt schwere innere Verletzungen. Er wurde bewußtlos ins allgemeine Krankenhaus überführt.

Eindurchbruchdiebstahl. In der Nacht auf den 28. Oktober drangen Diebe in das Geschäft des Franz Petracek in Wodnan ein und entwendeten 495 Raten dunkelblauer, dunkelgrüner und grauen Damenstoffs aus Kammer in Werte von 51.181 Kronen, weiters 15 Meter braunen und schwarzen Stoff im Werte von 15.000 Kr. und 130 Meter schwarzen Stoff im Werte von 5000 Kronen. Mit dem Raube entflohen sie gegen Prachatitz.

### Beilegung des Kampfes der Neudecker Papierarbeiter.

Die Arbeiterschaft, welche bisher über den Verlauf des Kampfes der Neudecker Papierarbeiter unterrichtet worden ist, wird es mit Freude und Genugtuung begrüßen, daß es nun gelungen ist diesen unvergleichlich harten Kampf zum erfolgreichen Abschluß zu bringen.

Durch diesen Kampf hat das kleine Gebirgsstädtchen Neudorf in der reichhaltigen Geschichte der Gewerkschaftsbewegung eine ganz besondere Bedeutung erlangt. Es war dies zwar nicht das erste Mal, daß sich die Arbeiter von Neudorf gegen die Ausbeutung und die Willkür ihrer sogenannten Brotgeber entschlossen zur Wehr setzten, aber ein Kampf, der mit solcher brutaler Konsequenz auf Seite des Unternehmers und mit ebenso faunenswerten Heroismus auf Seite der Arbeiter geführt wurde, findet in den Annalen der Gewerkschaftsbewegung nur wenig seinesgleichen. Volle acht Monate

währte die Kusperrung der Papierarbeiter Neudorf — genau vom 26. Feber bis 26. Oktober 1921 — und mit derselben einmütigen trotigen Entschlossenheit, mit der damals die Papierarbeiter den Kampf aufnahmen, haben sie denselben geführt durch alle die Monate hindurch bis zum endgültigen Abschluß durch ihre Organisation. Freilich nur Arbeiter können erweisen, was es heißt, auf eine so lange Zeit um den Arbeitslohn verzichten zu müssen und mit Weib und Kind auf die Unterstützungsgelder angewiesen zu sein. Wohl hat ihre Organisation der Verband der Arbeiterschaft der chemischen Industrie in Ruffig und mit ihr auch die diesem Verbands angeschlossenen Papierarbeiter sowohl auch die Arbeiter anderer Branchen des Karlsbader Kreises und besond. um die Ausgeperrten in ihrem Kampfe materiell zu unterstützen, aber immerhin hat es in Anbetracht der herrschenden Teuerung, in einer Zeit wo die Arbeiter bei vollem Arbeitslohn nicht imstande sind, mehr als die vulgärsten Magenbedürfnisse befriedigen zu können, schon etwas zu bedeuten, acht Monate hindurch einen Kampf auszuhalten und alle Entbehrungen zu tragen. Die Neudecker Papierarbeiter haben sich die Bewunderung und Hochachtung der gesamten Arbeiterklasse gesichert, denn sie haben ein leuchtendes Beispiel dafür gegeben, was eine festgeschlossene und von solidarischem Bewußtsein erfüllte Arbeiterschaft zu leisten vermag. Die Neudecker Papierarbeiter haben durch ihre zähe Ausdauer aber auch den Hochmut der Unternehmer gebrochen und sich Respekt verschafft.

Der unmittelbare Anlaß zu einer Einigung wurde dadurch gegeben, daß die Arbeiterschaft am 14. Oktober durch einige Deputierte unter Führung der Verbandsvertreter und von Abgeordneten gegen den Entzug der Arbeitslosenunterstützung Protest beim Ministerium für soziale Fürsorge erhoben. Die Unternehmer waren in ihrer Kampfeswut soweit gegangen, beim Ministerium Einspruch gegen die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung an die bedürftigsten Arbeiter zu erheben. Das Ministerium für soziale Fürsorge hat darauf kurzerhand eine Verhandlung eingeleitet, welche am 26. Oktober in Karlsbad unter Vorsitz eines Regierungsvertreters und im Beisein des Vorstandes der Politischen Bezirksverwaltung Neudorf stattfand.

Die Vertreter der Firma haben anfangs in dieser Verhandlung genau denselben abweichenden hochmütigen Standpunkt eingenommen, der die ganzen Verhandlungen kennzeichnete. Aber das zähe Festhalten an den Forderungen der Arbeiterschaft brach auch ihren letzten Widerstand und es kam eine Vereinbarung zustande, nach welcher am 31. Oktober beinahe die Hälfte der Arbeiterschaft die Arbeit annimmt, der Rest nach und nach bis Mitte November eingestellt wird und bis zum Einstellungstage von der Firma die Arbeitslosenunterstützung erhalten muß. Die Einstellung erfolgt im Einvernehmen zwischen Firma und Vertrauensleuten. Alle Arbeiter müssen den Anschaffungsbeitrag nachgezahlt erhalten, ferner werden die Schulden der Arbeiter für ausgefallene Kleidung und Lebensmittel, welche den Anschaffungsbeitrag übersteigen, nachgelassen.

Daß diese Einigung für die Arbeiterschaft annehmbar war, beweist allein der Umstand, daß die übrigen Unternehmer von Neudorf von Kenntnis von der Vereinbarung erfaßt wurden, als sie eben mindestens alle Vertrauensleute gemahregelt werden mußten.

Die gesamte Arbeiterschaft wird mit Genugtuung diesen Abschluß zur Kenntnis nehmen. Jene Arbeiter aber, welche in der Gewerkschaftsorganisation immer noch nur ein Mittel zur Befriedigung ihrer egoistischen Wünsche erblicken, sollen sich an dem schweren, mit mutterhafter Disziplin und Ausdauer geführten Kampf der Neudecker Genossen ein Beispiel nehmen und von ihnen lernen. Aber auch die Unternehmer werden aus diesem Kampfe die Überzeugung gewonnen haben, daß man heute der Arbeiterschaft nicht mehr ungefragt diktieren kann, sondern daß sich die organisierte Arbeiterschaft bei jedem Anschlag auf ihre Menschenrechte auf das Entschiedenste zur Wehr setzen wird.

Die Neudecker Genossen aber haben in diesem langen zähen Ringen um ein selbstverständliches Recht den ganzen Wert einer geschlossenen Organisation erlangt, sie wissen, daß sie den an Entbehrungen reichen Kampf nicht allein für ihre eigene Existenz führten, sondern daß sie für alle Papierarbeiter in der ungünstigsten Zeit den Kampf aufnahmen, um nicht nur dem eigenen, sondern allen Unternehmern zu zeigen, daß man eine eingetretene Krise nicht damit lösen kann, daß man die Arbeiter auf Pflaster wirft.

### Zum Kapitel Arbeitslosenunterstützung.

Um die Bestimmungen des Gesetzes über die Arbeitslosenunterstützung vom Dezember 1918 möglichst ununterbrochen zu machen, erließ das Ministerium für soziale Fürsorge im Frühjahr eine Anzahl Verordnungen und Erlasse, durch welche ganze Arbeiterkategorien vom Unterstützungsanspruch ausgeschlossen wurden und viele Tausende von Arbeitern, insbesondere aber die Bauarbeiter und die Arbeitslosenunterstützung kamen. Gegen dieses Vorgehen der Regierung protestierte die Arbeiterschaft am 17. Mai überall in großen Kundgebungen und Demonstrationen. Auch im Parlamente wurde das Vorgehen der Regierung von den deutschen Sozialdemokraten einer scharfen Kritik unterzogen und der Erfolg dieser Aktion war ein Erlaß, der am 19. Mai unter Aktiell 11400 hinausgegeben wurde, und der besagte, daß auch den Arbeitslosen, die bisher ausgeschlossen waren, die Unterstützung wieder zu gewähren sei, wenn die sonstigen gesetzlichen Voraussetzungen für die Gewährung ihrer Existenz gegeben war. Die Fassung dieses Erlasses war nun wieder eine derartige, daß sie den einzelnen politischen Bezirksbehörden die Möglichkeit gab, den Inhalt des Erlasses nach ihren Auffassungen auszulegen und diese Auffassungen waren immer derart, daß man den Arbeitslosen, die schon monatelange nichts bekamen, auch weiterhin die Unterstützung vorenthielt. In einigen Bezirken, so in Biskopsheim, Graslitz, Falkenau und Leitmeritz blieben alle Interventionen zur Wiedererlangung der Unterstützung völlig erfolglos, weshalb sich die Abgeordneten Schuster, Hausmann, Palme und Genossen veranlaßt fühlten, an den damaligen Minister für soziale Fürsorge, Herrn Dr. Gruber, eine Anfrage zu richten, aus welchen Beweggründen gerade in diesen Bezirken mit besonderer Hartnäckigkeit und im Widerspruch zu dem erfolgten Erlasse den Arbeitslosen die gesetzlich gebührende Unterstützung vorenthalten werde.

Diese Interpellation hat nun der Minister vor kurzem beantwortet und das Ergebnis dieser Antwort soll der Arbeiterschaft nicht vorenthalten werden. In der Antwort des Herrn Minister übernahm die Arbeiterschaft in bezug auf Biskopsheim hat sich der Herr Minister überhaupt völlig ausgeschwiegen. Bezüglich Falkenau beantwortet der Minister die gestellte Frage dahingehend, daß nur 122 Aufsuchen überhaupt vorlagen, von welchen nur zwei auf Bauarbeiter entfielen. Die Arbeitslosenunterstützung konnte nur 16 Personen von sämtlichen Angemeldeten zurkannt werden, weil die übrigen Personen keinen gesetzlichen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung hatten. Die Zurückweisung mußte deshalb erfolgen, weil die Meisten angebotene Arbeit zurückwiesen, oder sie freiwillig verließen und bei einem Teil der Unterhalt aus eigenen Mitteln oder Besitz sichergestellt war. Hinsichtlich der Vorgänge in Leitmeritz behauptet die Antwort, daß sich im Monate Mai überhaupt nur 27 Personen um die Unterstützung bewarben, von welchen jedoch niemand dem Baugewerbe angehörte. Im Juli meldeten sich allerdings 30 bis 35 Bauarbeiter bei der öffentlichen Arbeitsvermittlungsstelle um Arbeit, welchen aber die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung nicht bewilligt werden konnte, da die Bauarbeiterschaft im Leitmeritzer Bezirk zu dieser Zeit im Streik stand. In der letzten Zeit, erklärt die Antwort, haben sich die Verhältnisse im politischen Bezirk Leitmeritz überhaupt so gebessert, daß sich dort überhaupt keine Beschäftigungslosen Personen mehr befinden. Im politischen Bezirk Graslitz wurden aus der bedeutenden Anzahl von unterstützten Personen nach gründlicher Kontrolle 166 Personen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung ausgeschieden, da festgestellt wurde, daß diese Personen entweder heimlich arbeiteten, oder sich dem Scheitelschwarzhandel hingaben. Im Juli d. J. meldeten sich ungefähr 30 Bauarbeiter um die Arbeitslosenunterstützung, die ihnen auch aufgrund des Erlasses des Ministeriums für soziale Fürsorge vom 5. August 1921, S. 16.217-221 zuerkannt wurde. Die Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter im Graslitzer Bezirk war aber nur vorübergehend, weil bereits im August die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter im Anfang auf 5 Personen, und später in dem Maße sank, daß wegen Mangel an Mauern schließlich sogar nicht einmal der Nachfrage der Firmen nach Bauarbeitern entprochen werden konnte.

Des Weiteren erklärt der Minister, daß das Vorgehen der politischen Behörden den geltenden Bestimmungen und gesetzlichen Vorschriften völlig entsprach und das Ministerium keinerlei Veranlassung findet, dagegen einzuschreiten. Am liebsten seien die Bestimmungen des Erlasses nach der Auffassung des Ministeriums nur für Notfälle dringender Art in Anwendung kommen sollten und durchaus nicht den Charakter der Wiedererlangung der Unterstützung für die früher ausgeschiedenen Berufs-kategorien tragen sollten.

Ans dieser Beantwortung des vorliegenden Fürsorgeaministers geht sehr deutlich hervor, daß die Arbeitslosen von diesem Ministerium in sozialer Hinsicht nicht zu erwarten haben. Die Arbeiterorganisationen der hier angeführten Bezirke werden sich damit befassen, ob die Beantwortung des Herrn Ministers, die auf Grund eingehender Informationen beruht, auch wirklich den Tatsachen entspricht.

### Auftakt zur Teilung Oberschlesiens.

Der Senfer Entschluß rührt die Deutschen und Polen Oberschlesiens es sie wollen eher nicht, ursprüngliche Formen des Lebens zu finden. Die Zeit der Agitation, der Stimmungsmache ist vorbei, die nüchterne Notwendigkeit steht vor der Tür. Der Kohlen- und Erzreichtum der neu erworbenen Gebiete wird Polens Handelsbilanz gewiß stärken, seine zusammenbrochene Valuta sicherlich heben. Auf wie lange, hängt vom wirtschaftlichen Geschehen der Polen ab und dieses hat sich bisher herzlich wenig bewährt. Jedenfalls stellt der Zuwachs der Industriegebiete die besten Köpfe Polens vor eine schwere Probe. Denn die Produkte Oberschlesiens treten auf einmal auf dem inneren Markt in direkte Konkurrenz mit den Produkten des bisherigen Reiches und das wird und muß schwere Erschütterungen der inneren wirtschaftlichen Zusammenhänge, namentlich aber des Arbeitsmarktes herbeiführen. Man erwäge nur, daß der Meterzentner hochwertiger Aattowiger Kohle auf rund 1200, mindertwertiger galizischer Kohle auf rund 1500 Polenmark zu stehen kommt, und dieses Verhältnis wird sich bestomehr zu Ungunsten des galizischen Produktes verschlechtern, je mehr sich der Umrechnungskoeffizient von der deutschen zur polnischen Mark verringert. Die Erziehungskosten in Dombrowa, um diesen Hauptort der galizischen Kohlenförderung zu nennen, lassen sich aber schwer verringern, weil dort die Kohle recht tief lagert und weil die Löhne wegen der noch immer steigenden Lebensmittelpreise in Polen nicht abgebaut werden können. Da Mangel an Lebensmitteln herrscht, werden die Arbeiter mit ihren Briefen auch nicht so bald hinuntergehen. Also kann man sich an den Fingern ausrechnen, daß in Dombrowa und andernwärts bald die Förderung wird eingeschränkt und daß Massen von Arbeitern werden entlassen werden müssen, welche Kreise solche Umwälzungen stehen können, läßt sich heute auch nicht annähernd voraussagen und nur soviel steht fest, daß lediglich große handelspolitische Klugheit die Gefahr bannen kann. Mit dem Schlagwort von der französischen Orientierung wird in diesem Falle gewiß garnichts gebietet sein, im Gegenteil. Diese „französische Orientierung“ verhindert die Vermittlungsrolle Polens zwischen Rußland und Deutschland, bzw. zwischen Rußland und Oberschlesien und gerade nur eine solche und der Abfluß, den sie der ober-schlesischen Ueberproduktion schafft, kann verhindern, daß Polen durch den neuen Zuwachs halb erdrückt wird. Umgekehrt liegt es auch im deutschen Interesse, wenn sich das ihm genommene Land unter einigermaßen normalen Voraussetzungen weiterentwickeln kann, und deshalb ist zu hoffen, daß über den wirtschaftlichen Verhandlungen der nächsten Tage, trotz Schifferer und Lewald hier und den polnischen Nationaldemokraten dort, nicht der Geist der nationalen Abneigung sondern ein ehrlicher Verständigungswille schwebt. Was sich freilich die Polen eben jetzt wieder in Teschen leisten, läßt nach dieser Seite nicht allzuviel Vertrauen aufkommen. In Polnisch-Teschen gab es nämlich bis vor Kurzem ein deutsches Gymnasium und eine deutsche

Realschule, beide wurden vor 3 Jahren zu einer „Staatsmittelschule“ zusammengezogen, die auf dem gemeinsamen Inventar aufbaute. Nun auf einmal soll das gesamte Inventar des ehemaligen Gymnasiums dem polnischen Gymnasium in Teschen abgeliefert werden, der Lehrbetrieb der deutschen Anstalt erhält dadurch einen schweren, fast unheilbaren Schlag. Dieser Liebenswürdigkeit gegen eine deutsche Schule Oberschlesiens scheinen sich die Polen besonders ausgesucht zu haben, um den benachbarten ober-schlesischen Deutschen zu zeigen, mit welchem Geist und mit welchen Absichten sie sie zu empfangen gedenken. Das ist gewiß nicht der rechte Weg seitens der neuen Nachbarn, um zu friedlichem Zusammenwirken, zur Veröhnung der Gegensätze und zum Abbau des Hasses zu gelangen. Ohne werttätige Mithilfe der Deutschen aber werden die Polen die wirtschaftlichen Probleme, die ihrer harren, nicht befriedigend zu lösen vermögen. In ihrem Interesse also werden die Polen gut daran tun, statt der Politik der Abneigung wackenden Nationalistische großzügige Verständigungspolitik zu betreiben.

### Tages-Neuigkeiten.

#### Karls letzter Putsch.

Von Theobald Tiger und Ernst Goth.

Ein fiescher Trottel mit der sammtten Kappen, so möcht das durch die Welgeschichte tappen — denn außer Kaiser hat er nichts gelernt. Am liebsten läßt er alleweil regieren. Geh her — mo: muß ihm gar net ignorieren! Nur schade, daß ein Senfer ihn entfernt. Das schickt Millionen in die Schützengräben, schreibt faule Briefe und bleibt selber leben und zappelt heute noch dem Throne zu... Servus du —!

Die Majestät kam, selber stark herunter. Gust ging die Sonne in dem Reich unter. Heute steht ein Dollar hoch am Firmament. Die Krone fiel. Und fällt und fällt aufs neue. Der Wiener hält der Republik die Treue — und Porphy kämpft als Karlsens Konkurrent. Das Repter, das einst so viel Macht verlieh schwingt Habsburgs letzter reisender Kommiss. Karl Hudebein — Sie sind gewiß dramatisch. Ach, lieber Herr, du bist uns so sympathisch, und du hast tausend Freunde auf der Welt: Das ganze Volk der Schlächter und Soldaten. Blutspkulanten, arbeitslose Potentaten — sie warten alle auf die großen Zeiten, wo Generale übers Brachfeld reiten, wo Proletarier wieder stumm verreden, wo Taschen wieder voll von Gelder steden, wo Reklamierete Siegestore weiseln, wo Stäbe wirken wie die Gottesgeißeln... Was sich heut großend ins Zivil gebudt hat, weiß Gott der Herr in Born ausgespuht hat, das Alles winkte dir voll Hoffnung zu. Heil dir im Siegestranze!

Der Menschheit ganzer Jammer saßt mich an... In einem der größten Arbeiterbezirke Wiens, der dichtbevölkerten Brigittenau, zieht sich mitten durch zwischen altem Häusergewirr und kleinen winkeligen Gäßchen eine breite Straße mit neuen Häusern, die von außen etwa den Anschein erwecken, als ob es drinnen doch so etwas wie Bequemlichkeit und Behagen

gäbe. Tatsächlich aber herrscht in diesen Wohnungen ein Elend, von dem ein Vorfall der letzten Tage eine gerabegte furchtbare Vorstellung gibt. Diese Mietkasernen sind mit Männern, Frauen und Kindern beängstigt gefüllt, hunderte Menschen hausen da so dicht beisammen, daß sie bei jedem Schritt, bei jeder Wendung an einander stoßen müssen. In winzigen Löchern wohnen hier ganze Familien, ihr Besitz beschränkt sich auf Tisch, Kasten und einem Bett. Diese Umgebung erklärt schon zur Hälfte das Sittendrama, das sich in solch einer Höhle zutrug. In kurzen Zügen: ein eifähriges Mädchen schläft mit der Mutter und deren Liebhaber in einem Bett. Dieser mißbraucht in Gegenwart der Frau das Kind und dieses wieder lehrt seine Spielgenossen, was es wahrscheinlich selber als Spiel auffaßt. Es ist traurig, furchtbar traurig, daß blutjunge Arbeiterkinder durch die Schuld zweier sittlich verkommenen Erwachsenen so früh den Geschlechtsverkehr kennen lernen. Aber das Entsetzliche, das Tragische, das uns das Blut in den Adern stocken läßt, steht noch aus: von dem Mann wurde auf das eifährige Mädchen und von diesem auf eine ganze Reihe schulpflichtiger Kinder, die mit im selben Hause wohnen, eine der Geschlechtskrankheiten übertragen, die die Menschheit so furchtbar geißelt. Bei der amtärztlichen Untersuchung, die vom Polizeikommissariat Brigittenau eingeleitet wurde, ergab sich, daß die Kinder, darunter ein Knabe und ein Mädchen von sieben Jahren, an Gonorrhoe erkrankt waren. Mit diesem für das soziale Elend symptomatischen Vorfall tut sich vor uns ein Abgrund auf, dem wir nicht schauernd entfliehen dürfen, sondern vor dem wir Schranken bauen müssen, damit nicht immer mehr Unschuldige in ihn stürzen. Wir verurteilen die Erwachsenen, denen die Seele, die Gesundheit reiner, unschuldiger Kinder nichts bedeutet und wir werden es billigen, wenn der Richter, dem sie übergeben wurden, die ganze Schärfe des Befehls gegen sie kehrt. Darüber hinaus aber fordern wir vor dem Richterstuhl die ganze Gesellschaft, deren Schuld es ist, die Vorursetzungen geschaffen zu haben, die allein diese Verirrungen mit ihren entsetzlichen Folgen erklären. Solange die arbeitenden Menschen enggedrängt wie Tiere in kleinen, dampfen Löchern beisammen hausen müssen, solange sie und ihre Kinder keine würdige Wohnung, keine menschliche Schlafstatt haben werden, solange die Jugend des Großstadtproletariats nicht Luft und Sonne hat, vor deren Hauch, vor deren Strahlen der Restatem der Verkommenheit verbleiben muß, solange werden wir auch immer wieder Entsetzlichkeiten erleben müssen, wie sie jetzt im zwanzigsten Wiener Bezirke geschehen sind.

Wit oder Druckfehler? Die nationalsozialistische „Soz. Budoucnost“ berichtet, daß die Zahl der organisierten tschechischen Kommunisten 450.000, jene der deutschen Kommunisten 150.000 beträgt. Die 450.000 tschechischen Kommunisten klingen wie ein Wit. Aber was nachfolgt, beweist, daß es sich um zwei Druckfehler handelt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die deutschen Kommunisten eine Null zu viel abgekommnen haben und wir gehen auch sicherlich nicht fehl, wenn wir die Zahl der tschechischen Kommunisten mit 45.000 annehmen.

nehme ein fernes und eifriges Wispern, das durchaus nicht für sie bestimmt und zu unbedeutlich war, um es zu enträtseln. Ihm nachgehen? Ja, wozu denn, nachdem man froh war, daß man sich nicht zu rühren brauchte? Er stellte zu und trocknete ihr Messer. Und mitten in dieser feierlichen Stille ein Schrei. Abgerissen, gell, tierisch. Die Ruzena horchte: oespann ganz Nerv. Wer hatte ihn ausgestoßen? Sie tat einige Schritte vor. Dann fuhr sie zusammen. Aber nicht wie eine, die in die Knie brechen will. Denn sie sah etwas. Und geduckt, wie eine Kage, schlich sie vorwärts. Hinter dem Stadel rangen zwei in erbittertem Ringen. Ihr Mann und ihre Schwester. Das Heud des Mädchens war von wütenden Griffen zerrissen. Sein Atem ging schwer und keuchend. Noch widerstand es, und seine Kampflust war größer als seine Furcht, daß es nicht um Hilfe rief. Dies Ringen hatte der Krüppel gesehen. Und vielleicht in Erinnerung an jenen Handel, der ihn Gesundheit und Verstand gekostet, hatte er, der sonst immer schwieg, diesen Schrei ausgestoßen. Ganz prachtvoll hielt sich die Teresa. Ja, sie war geschmeidig und gekräftigt durch die viele Arbeit, und schlief. Aber sie hätte erliegen müssen. Denn ihr Widersacher war viel stärker und tüchtiger. Immer näher, ungesehen, jede Deckung benutzend, kam die Ruzena den beiden. Sie atmete kaum. Die Rippen biß sie zusammen. Dann — unmitttelbar vor ihnen — ein heiserer, gleriger, unmenschlicher Schrei. Noch ein Satz, den nichts mehr hemmen konnte. Das Messer in ihrer Hand blitzte auf und stieß vorwärts, mit einer erschütternden Wucht

Eine kommunistische Massenprotestversammlung mit zwei Mann. Die Leitmeritzer Kommunisten hatten für den 30. Oktober, an welchem Tage sich auch unsere Leitmeritzer Genossen zu einer Protestversammlung gegen Reaktion und Kriegsbefehl eingeladen hatten, so eine Art Trau-Massenkundgebung auf dem Stadtplatz in Leitmeritz einberufen. Massenweise wurden Flugzettel verteilt, in denen die Bevölkerung aufgefordert wurde, um neun Uhr am Stadtplatz zum Massen-Protestmeeting zu erscheinen. Um neun Uhr vormittags erschien auch wirklich der kommunistische Massenführer Wenzel Bicha mit einem Referenten. Sie schloßen etwa zwei Stunden auf dem Stadtplatz umher und verschwanden erst, als sie sahen, daß auch kein einziger Demonstrant erschien.

Wieder eine Verletzung des Briefgeheimnisses. Der Verband der deutschen Selbstverwaltungskörper richtete am 31. Oktober anlässlich der blutigen Ereignisse in Graslitz an die Stadtgemeinde Graslitz ein Beileidschreiben. Dieses Schreiben wurde in verschlossenen Briefumschlag der Post zur Beförderung übergeben. Als es beim Bürgermeisteramt in Graslitz eintraf, zeigte der Briefumschlag deutliche Spuren, daß er geöffnet und sodann notdürftig wieder zugestekt worden war. Das Öffnen des Briefes kann, wie außer Zweifel steht, nicht in Graslitz selbst erfolgt sein. — Diese sich immer häufiger wiederholenden Verletzungen des Briefgeheimnisses sind ein Skandal, der die tschechoslowakische Republik und ihre Verwaltung bloßstellt. Von wem diese Verletzungen begangen werden, können wir nicht mit Sicherheit feststellen, aber die Regierung selber sollte dieser Sache erhöhtes Augenmerk zuwenden. Mit dieser Schnüffelerei nach ganz bestimmten Briefen wird künstlich die Fiktion hochverräterischer Tendenzen aufrechterhalten und damit gewaltsam Beunruhigung in die Bevölkerung getrieben.

Eine Ehrenpflicht des deutschen Proletariats. Die Berliner sozialistischen Blätter veröffentlichten einen Aufruf der nationalen Arbeiterföderation Spaniens, der alle Arbeiter Deutschlands auffordert, die Auslieferung der in Berlin verhafteten Mörder Datos zu verhindern. Der Aufruf weist darauf hin, daß die Ermordung Datos ein politisches Attentat gewesen sei, als Antwort auf die Tausende von Opfern, die von der reaktionären spanischen Regierung und vom spanischem Militär hingenommen wurden. Die „Freiheit“ bezeichnet es als eine Ehrenpflicht des deutschen Proletariats, die beiden verhafteten Spanier zu schützen.

Aus dem gelobten Land. Reuter meldet aus Jerusalem: Die Araber versuchten, sich des Judenviertels zu bemächtigen, wobei es zu einem Kampfe kam. Es wurde eine Bombe geworfen. Vier Juden und ein Araber wurden getötet und 13 Personen verwundet. — Diese Meldung hat Bedeutung, wenn sie auch nicht überrascht. Sie zeigt, wie wenig die einheimischen Araber von der jüdischen Kolonisation in Palästina erbaut sind. Es ist nicht das erste und leider sicherlich auch nicht das letzte Mal, daß palästiniische Juden von den Arabern zum Kampfe gezwungen werden. Diese Tatsache sollte allen jenen zu denken geben, die mit soviel Begeisterung den europäischen Juden die Heimkehr in das „gelobte“ Land anpreisen.

Der tschechisch-kurs des Vereines deutscher Arbeiter beginnt Mittwoch, den 9. November um 7 Uhr abends im Realgymnasium, Sein-

### Ruzena Capel.

Von J. J. David.

Es war ein sehr schwüler Sommertag. Eine so helle Sonne, daß selbst der Himmel bleigrau erschien und wie überflogen vom Staub, der tief und vor dem leisesten Windhauch beweglich auf der Landschaft lag. Die unspäthliche Helle blendete und tat den Augen weh. Nirgendswohin konnte man vor dem Flirren und dem großen Leuchten blicken. Und eine tiefe und atemlose Stille lag über dem Dorf.

Es war wie eine einsige, ungewisse, längliche Erwarnung über allem. Nur die March rauchte ferne und feierlich und alibierte, wie ein bewenter Spiegel, der alles Licht ins Unerträgliche übergreift. Der abgerissene Jubelruf von Kindern, die nächst der Mühle ihre Erquickung fanden, erklang wie ein fröhlicher Glodenton durch das Schweigen.

In ihrer Küche stand die Ruzena und schälte mit einem sehr scharfen, kurzen, dreikantigen Messer Kartoffeln für das Mittabrot. Manchmal tat sie einen suchenden Blick nach dem Krüppel, ihrem Bruder, dem die grellendste Sonne nichts anhatte, der sie dankbar empfing und tief in sich sog.

Die Teresa war vom Felde heimgekommen. Ganz müd und aufgeregt von der Hitze. Ein wenig hatte sie sich verschaukelt. Nun machte sie sich da und dort zu schaffen. Ihre blankes Domb leuchtete wie ein weißes Klammchen. Ja, da war eben Jugend und Kraft, der Arbeit und raslose Bewegung eigentlich ein Bedürfnis waren. Mit einem stillen, tiefen Reid sah ihr die Schwester nach die sich vom Leben und ihren Gedanken so sehr abgemüdet fühlte.

Dann kam sie wieder ins Rechnen. Das liebte sie. Das zog sie von Schlimmeren ab. Das Jahr war gut gewesen. Das Gras war reichlich geraten, und die Rüben standen über alles Erwarten. Zu verbrennen fand die Hitze nichts. Die Gerste war prächtig gediehen und versprach in der Farbe so zu werden, wie man es nur wünschen konnte: ein Korn mafellos wie das andere. Das konnte ein schönes Stück Geld hereinbringen. Vielleicht, wenn der Wostsch nicht gar zu viel verliedert hatte und nicht allzu unangenehme Schulden aufkamen, konnte man ein Stück Feld dazu kaufen, das feil war und das sie sich sehr wünschte.

Wozu aber und für wen machte sie eigentlich noch solche Pläne? Dies fiel ihr schwer aufs Herz.

Es war so schwül, daß selbst das raslose und einödnige Piepen der Mühle verstummt war. Und sie dachte weiter: ja, die gepferbete Henne mit dem weißen Schopf, die taugte nichts mehr, die mußte fort, in die Suppe. Dazu war sie noch gut genug und zu sonst nichts. Und auch dabei wurde der Ruzena ganz eioentümlich weh um die Brust.

Der Ausrufer schritt durch das Dorf. Er handhabte seine Trommelschläge lässig und ohne jeden feierlichen Nachdruck, den er sonst an sich hatte. Aliewell wischte er sich das Gesicht und schöpft tiefen Atem, ehe er seine Vitanei heruntertratschte. Ja, wenn niemand auf einen achtet, dies lähmt den Eifrigsten. Er kühlte sich zum erstenmal in seinem Leben überflüssig und gar nicht Amtsbeson. Natürlich, wer hatte die mindeste Lust, aus dem Schatten zu treten und auf etwas zu horchen, was er ohnedies schon wußte?

Es war eine unendliche Hellhörigkeit in der Luft. Und der Ruzena erschien es, sie ver-

und Schnelligkeit. Die Seele der Ruzena lebte in diesem Stoß.

Der Hermann drehte sich um, einmal, zweimal. Das wäre lustig zu sehen gewesen, war es nur nicht so glücklich. Dann warf er beide Hände hoch in die Luft und schlug nieder auf sein Gesicht. Und die Teresa schwor hernach, sie könne es im Leben nie vergessen, wie sich die Schwester stumm über den Verwundeten geneigt, erstarrt, begierig, mit einem grauenvollen Ausdruck voll unerbittlichen Hasses nach seinem letzten Juden, seinem letzten, seinen Atemzug.

Alsdann schleuderte sie das Messer von sich. Und ganz tonlos: „Gib acht auf den Hof. Geh zum Bürgermeister und zum Herrn Dechanten. Ich muß in die Stadt, aufs Gericht. Um mein Recht.“ Und wie sie war, so ging sie. Mechanisch, getrieben von einer Gewalt, die stärker war als sie selber. Und die Teresa, immer noch im Bann, sah ihr nach, wie sie durch das Kirren des Mittags ihren Gang antrat, der Stadt zu, den Hügel emporstomm, den jener niedergestiegen, wie sie schnell, doch sonder Hast dahinschritt, barhaupt, das Metall borne besprengt vom Blute des Mannes, den sie niedernestochen. Erst da sie ihr entwand, kam die Teresa zu sich. Sie schrie auf und schluchzte...

Dies ist der Fall der Ruzena Capel. Auf seinen Ausgang sind viele begierig, und er ist ungewiß. Denn wir haben nicht französische Geschworene. Man wird ihn zu seiner Zeit erfahren. Ich wollte nur die Begebenheiten mitteilen, wie sie im Heimatort der Witwe Hermann berichtet werden.

(Schluß)

# Der Justizminister und Die Zensur.

Von der Erklärung des Justizministers im Budgetausschuss ist folgendes festzuhalten: Das Justizministerium stehe auf dem Standpunkt, daß jede freie Kritik erlaubt, gesund und notwendig für den Staat sei. Wir bringen den Ausdruck des Justizministers dem Zensor nochmals in Erinnerung: erlaubt, gesund und notwendig. Weiters erklärte der Justizminister, daß sein Ministerium jede Kritik durchlasse; die Kritik müsse nur in „richtiger Form“ gehalten sein. Der Herr Minister hätte aber sogleich eine Aufklärung darüber geben sollen, wo die Form anfängt und aufhört zu werden. Die formvollendeten Artikel fielen dem Zensor zum Opfer und ihr Inhalt war Wiedergabe tatsächlichen Geschehens. Wir fürchten, daß der Herr Justizminister seinen Zensoren eine neue Ausrede erfunden und keine Rüge gegeben hat. Im alten Österreich, daß doch alles andere wie das Dorado der Pressefreiheit war, hatte die Zensur ganz bestimmte Befugnisse. Hierzulande hat sie aber die Form der Presse zu wahren. Wenn die kriminelle Begründung zur Konfiskation nicht hinreicht, dann kann auch der Zensor in der Tschechoslowakei von nun an vom politisch-juristischen Standpunkt seines Amtes walten.

# Die friedensliebenden Gegengriedler.

Die geheimen bürgerlichen Hoffnungen, welche die ungarischen Reaktionen setzen, ließen sie das Schlagwort erfinden, daß der Karlistenputsch eine innere Angelegenheit Ungarns sei. Darum traten sie sich auch ursprünglich als Apostel des Friedens an, wobei sie die Preisigkeit aufbrachten, die deutschen Sozialdemokraten als Kriegshetze zu verurteilen. Am verlogensten erwiesen sich auch diesmal die deutschnationalen und deutschgelben Blätter. Wenn auch das Gedächtnis der Bevölkerung sich manchmal als ein kurzes erwiesen hat, so ist die Zeit, da diese selben Blätter jeden, der nach Beendigung des Weltmordens Sehnsucht trug, als Friedenswünscher und Verräter erklärten, noch in zu frischer Erinnerung, als daß nicht jeder ihre Friedensliebe sofort als freche Heuchelei erkennen würde. Beim Kriegsausbruch und während des Krieges gaben sie unzählbare Beispiele von Erbarmlichkeit und nie in allen Krisen der Weltpolitik und im Kriege fiel von ihnen ein friedliches, vernünftiges Wort, ein Wort der Vernunft oder der Verständigung. Stets schrie aus ihren Spalten nur Nachschuß und großmüßige Kriegslust, und jede Aussicht, der Krieg könnte noch vermieden werden, machte sie ebenso wütend, wie später im Kriege jedes Streben, ihn rechtzeitig zu beenden. Unzählbare Beispiele ließen sich aus den Äußerungen dieser Blätter und der deutschnationalen Redner anführen. Noch im Jahre 1918, da die Niederlage der Mittelmächte längst besiegelt war, wurde auf dem Parteitag der Deutschgelben in Lausitz eine Entschliebung angenommen, in der es hieß:

„Ein größeres Deutsches Reich und ein den Balkan und die südöstlichen Staaten wirtschaftlich beherrschendes Österreich-Ungarn sind Forderungen, die aus der Kriegslage unserer überlegenen Waffen gerechtfertigt sind und die dem Feinde viel mehr Respekt einflößen als die dem Gegner unsere Schwäche beweisenden Ruze nach einem Frieden unter allen Bedingungen, welche bisher die Kriegslust der Bestmöglichen nur immer neu entfachend dem Kriegswahner... dann ist das Durchhalten bis zum siegreichen Ende gesichert.“

Die Deutschnationalen bewährten sich nicht nur als Kriegshetze, Förderer des Imperialismus und Freunde des Militarismus, sie verteidigten auch die blutige Feldjagd, den Absolutismus, wie jede Gewalttat gegen das Volk überhaupt. So schrieben die alldeutschen „Egerer Neuesten Nachrichten“ am 27. Oktober 1917:

„Was die Tätigkeit der Militärgerichte und die unter Hochburgers Verantwortlichkeit geleistete Justiz betrifft, so war sie von Grundfragen geleitet, die dem Gerechtigkeitsgefühl Unzähliger in unserem Staate viel mehr entsprachen, als die weichen und kraakeligen Grundzüge, die jetzt die Oberhand gewonnen haben... Daß in solchen schweren Zeiten auch Rechtstrotzler vorkommen können und namentlich bei der vorkrieglichen Gebarung der Militärgerichte unvermeidlich sind, das ist beklagenswert — es ist aber nie anders gewesen und wird auch nie anders sein und wenn einzelne oder gar zahlreiche Dämonen solch einer abgeklärten und raschen Feldjagd zu bekämpfen sind, so muß man sich immer klar machen, daß es eben Dämonen des blutigen Krieges sind, dem unzählige tapfere Krieger und Jungfrauen im Felde erliegen... Jetzt brauchen wir Männer, die es verstehen, gegenüber dem Geiste gefühlloser Schwachheit und Nachgiebigkeit fest und eifern dazustehen. Wir brauchen Männer, die den Mut haben, den Vorwurf des Absolutismus und der Tyronelei ruhig und unbefürchtet auf sich zu nehmen.“

„Ruhig und unbekümmert“ hielten diese Zeitungen hunderttausende Menschen in den Tod, „ruhig und unbekümmert“ halfen sie das Unglück des deutschen Volkes herbeiführen und „ruhig und unbekümmert“ verteidigten sie die militärische Worbjustiz. Und dieselben Zeitungen die es heute genau so treiben würden, wenn der Militarismus ein deutscher wäre, mimenten jetzt Kriegsgegnerschaft und Friedensliebe!

# Ermordung des japanischen Ministerpräsidenten.

London, 4. November. (Tsch. P.) Zeitungs-meldungen aus Washington zufolge berichtet der amerikanische Botschafter in Tokio, daß auf den Ministerpräsidenten in Tokio ein Anschlag verübt worden ist. Der Premierminister soll tot sein.

London, 4. November. (Tsch. P.) Wie uns aus Tokio gemeldet wird, wurde der Ministerpräsident durch einen Dolchstoß lebensgefährlich verletzt.

London, 4. November. (Tsch. P.) Das Staatsdepartement meldet, daß der japanische Premierminister Kai-Hara am Freitag abends um 10 Uhr gestorben ist.

# Die Regierungsbildung in Preußen.

Die sozialistischen Parteien. Berlin, 4. November. Die Fraktionen der unabhängigen und der kommunistischen Partei Deutschlands des preußischen Landtages veröffentlichten Erklärungen zur Regierungskrise in Preußen, worin sie sich für die Bildung einer rein sozialistischen Regierung aussprechen. Sie stellen hierbei eine Reihe von Forderungen auf, die sie von der neuen Regierung unbedingt verlangen müssen. Der Präsident des Landtages, Leinert, hat gestern die Fraktionsvorsitzenden der Reihe nach empfangen. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien erklärten sich hierbei für die Notwendigkeit, eine Koalition auf breiter Grundlage herzustellen. Die Sozialdemokraten halten dagegen daran fest, daß nach den jüngsten Vorkommnissen im Reich eine große Koalition im Augenblick nicht möglich erscheint. Die Verhandlungen sollen heute vormittags fortgesetzt werden. Es ist aber kaum wahrscheinlich, daß der Landtag bereits am Nachmittag die Wahl des neuen Ministerpräsidenten vornehmen dürfte.

# Vor einem bürgerlichen Block in Preußen?

Berlin, 3. November. (Tsch. P.) Die Landtagsfraktion der deutschnationalen Volkspartei hat beschlossen, mit den anderen bürgerlichen Fraktionen Fühlung wegen der Haltung zu nehmen, die die bürgerlichen Parteien zur Regierungsbildung in Preußen einnehmen wollen. Die Preußische Landtagsfraktion der deutschnationalen Volkspartei wird zu verhindern suchen, daß zur Leitung der preußischen Staatsgeschäfte ein Sozialdemokrat berufen wird.

# Stegewald — Ministerpräsident.

Berlin, 4. November. (Tsch. P.) Die sozialdemokratische Fraktion im preußischen Landtag hat heute Nachmittag mit 46 gegen 41 Stimmen grundsätzlich ihren Eintritt in die große Koalition beschlossen. Das Zentrum nominierte zum Ministerpräsidenten Stegewald.

# Günstige Wendung in der irischen Frage.

London, 3. November. (Tsch. P.) Laut Pres-Affidation glaubt man, daß in der gestrigen Sitzung der Ausschusses der irischen Konferenz zwischen der britischen Regierung und den Einheimern ein endgültiges Übereinkommen über die Einzelheiten von zwei verschiedenen Plänen, von denen ein jeder die Einheit Irlands aufrecht erhalten wissen will, erzielt wurde.

# Karl kommt nach Funchal auf Madeira.

Paris, 3. November. (Havas.) In Funchal (auf der Insel Madeira) werden Vorbereitungen zur Aufnahme des Erzherzogs Karl und seiner Gattin Zita getroffen.

# Eine „Botschaft an die ganze Welt.“

Washington, 4. November. Präsident Harding wird heute abends um 8 Uhr nach der Zeit von Greenwisch die neue Funkstation auf Long Island durch eine Botschaft an die ganze Welt einweihen. Die neue Station wird nach ihrer Fertigstellung gleichzeitig und unabhängig von einander in fünf verschiedenen Richtungen Handelsnachrichten zu geben imstande sein. Ihr Aktionsradius reicht über Europa, Südamerika und die Länder jenseits des Stillen Ozeans.

# Beamtenabbau in Österreich.

Wien, 4. November. Der Bundesrat brachte in der Nationalversammlung ein Gesetz über den Beamtenabbau ein, das sich auf sämtliche Bundesangestellte einschließlich der Verkehrsangestellten bezieht und welches Bestimmungen über Stellenverminderung, Stellenumwandlung, Beamtenausgleich, dreijährige Aufnahmeprüfung und Bestimmungen beim freiwilligen Ausscheiden aus dem aktiven Dienste enthält.

# Aufruhr gegen die Bolschewiken in der Ukraine?

Kraľau, 4. November. „Zwetska Gazetta Wiczerna“ meldet, daß in der Sowjetukraine ein großer Aufstand ausbrochen ist. Die Aufständischen griffen von Rumänien aus an und sollen Kamence Rodolst, Polskrow, Belhyn, Lityn und andere Gemeinden besetzt und die Sowjetbeamten ermordet haben. In Szasa am Jbrucz soll es bereits keine Bolschewiken geben. Die Aufständischen befinden sich im russischen Husyn. Nach einer Zeitungsmeldung soll Petljura den Aufstand leiten und eine interimistische Regierung in Kamence Rodolst gebildet haben.

# England gegen ein Albanienabenteuer der Südslawen.

London, 3. November. (Reuter.) Die alliierten Regierungen haben bei der Regierung von Belgrad wegen des Einflusses jugoslawischer Soldaten in das albanische Gebiet Vorstellungen erhoben.

London, 3. November. (Reuter.) Seitens der Regierung wurde im Unterhause mitgeteilt, die englische Regierung habe ihren Botschafter in Paris beauftragt, der Botschafterkonferenz nahezu legen, daß sie die Festlegung der albanischen Grenze nach Möglichkeit beschleunigen und die südslawische Präsenz aufheben solle, ihre Truppen auf jugoslawisches Gebiet zurückzuführen zu lassen.

# Sofortige „Waffenübungen“ in Südslawien.

Ljubljana, 3. November. (R. V. L.) Einer Mitteilung der Ljubljanaer Militärbehörde zufolge, werden die Jahrgänge 1896—1899, die in der serbischen oder in der ehemaligen österreichischen Armee gedient haben, unverzüglich zu einer sechs-wöchigen Waffenübung einberufen.

# Der südslawische Mobilisierungskredit.

Gratz, 3. November. Die „Gratzer Tagespost“ meldet aus Belgrad: An der heutigen Sitzung der Skupstina hat die Regierung einen Kredit von 20 Millionen Dinars für die außerordentlichen Ausgaben durch die Mobilisierung verlangt.

# Wirtschaftliche Vereinbarungen in Portorose.

Portorose, 3. November. (R. V.) Die Wirtschaftskommission hat einstimmig beschlossen binnen einer bestimmten Frist die Ein- und Ausfuhrverbote mit eng begrenzten Ausnahmen aufzuheben. Die Kommission befaßt sich mit der Ermäßigung bestimmter Postgebühren.

# Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Die Kapitalisten verdienen, die Volkswirtschaft kaputt zu machen. Die „Prager Presse“ veröffentlicht in ihrem gestrigen Abendblatt folgendes Wiener Telegramm: „Die Wiener Börse stand heute unter dem Eindruck einer Hauffe-Bewegung, wie sie auch in den bewegtesten Tagen bisher nicht ihres gleichen fand. Einzelne Aktien stiegen sprunghaft um laufende von Kronen, Galizien erreichte den Rekordkurs von 397,000; ebenso schmelzen auch die Valuten empor. Die tschechoslowakische Krone notierte 54, die polnische Mark 1,93, Dollar 5500.“ — Gleichzeitig entnehmen unsere Leser dem unten folgenden Kurszettel, daß die deutsche Mark bereits weniger wert ist als eine halbe tschechische Krone. Diese einfachen nüchternen Zahlen sind ein Bild der katastrophalen wirtschaftlichen Lage unserer Nachbarländer. Den Profit davon haben jene Kapitalisten, die auf den Tiefstand der Mark und österreichischen Krone spekulieren, während die Masse der Bevölkerung sich in ihrer Lebenshaltung bedroht sieht. Krasser sind wohl die Widersprüche des Kapitalismus nie zum Ausdruck gekommen als in der wirtschaftlichen Entwicklung der Nachkriegszeit.

Der neue autonome Zolltarif. Der Handelsminister hat den Regierungspartei den Entwurf des autonomen Zolltarifs überreicht. Die Säze des österreichisch-ungarischen Tarifs sind im vorliegenden Entwurf, wie die „Tribuna“ meldet, ungewöhnlich erhöht, insbesondere die Zölle auf landwirtschaftliche Produkte. Der Handelsminister drängt auf baldige Erledigung dieser Angelegenheit, um auf Grund dieses Tarifs die Vertragsverhandlungen führen zu können. Bis zum 15. November soll der autonome Tarif in Kraft treten. Die beiden sozialistischen Regierungsparteien sind mit dem Entwurf sehr unzufrieden und verlangen die Erledigung desselben im Parlament, während die Regierung diesen provisorischen Tarif im Verordnungswege in Kraft setzen will. — Dazu wollen wir nur bemerken, daß der Entwurf bereits vor Monaten den Nutzfachleuten und ihren Nacharbeitern vorgelesen wurde, denen — Lande Reiz ließ, dazu Stellung zu nehmen. Die politischen Parteien und insbesondere die Vertreter der Verbraucher wurden gar nicht befragt. Daß dieser

provisorische Zolltarif, der später von einem endgültigen abgelöst werden soll, demnach nicht gerade die Interessen der Verbraucher wahr, ist ohne weiteres klar.

Die Kosten der Mobilisierung. In einer Sitzung des tschechischen Industriellenverbandes erklärte dessen Generalsekretär Dr. Sodac, daß die Mobilisierung keinesfalls den Neudruck von Papiergeld zur Folge haben wird. Die Kosten sollen zum Teil aus der Vermögensabgabe gedeckt werden, weiters hat die Regierung die Ermächtigung, 322 Millionen im Wege von Kreditoperationen bei Privatbanken zu beschaffen, ebenso wird die Regierung im Parlament eine Vorlage unterbreiten, drei-monatige Bonds bis zu 500 Millionen an die Lieferanten von Kriegsmaterial herauszugeben und schließlich wird sich die Regierung durch Virements im Budget pro 1922 beschaffen. — Virements nennt man die Dedung von Ueberschreitungen einzelner Budgetposten durch Erparnis bei anderen Budgetposten. Diese Virements sind im Artikel 3 des Finanzgesetzes für 1922, welches gerade im Budgetausschuss verhandelt wird, gestattet. Es muß jedoch festgehalten werden, daß Virements in einem Ausmaße, wodurch ein Teil der Mobilisierungskosten gedeckt werden könnte, dem Geiste der Verfassung, weil dadurch die Finanzverwaltung die Möglichkeit erhält, das Parlament auszuschalten. Falls die Regierung wirklich solche Absichten hat, so wird im Parlament noch darüber zu reden sein.

Der Wert der Krone. Es kosten: 100 holländ. Gulden 3513, 100 Mark 481/2, 100 schwed. Kronen 1923, 100 Lire 413, 100 franz. Franken 761/2, 1 Pfund Sterling 405, 1 Dollar 1041/2, 100 belg. Franken 741/2, 100 Tschechoslow. Dinar 1271/2, 100 Lei 51/2, 100 österr. Kronen 240, 100 poln. Zloty 380, 100 ungar. Kronen 1165 tsch. Kronen.

# Kleine Chronik.

## Sturmkatastrophe in Norwegen.

Christiania, 4. November. (N. S.) Infolge eines heftigen Sturmes ereigneten sich zahlreiche Erdrüttungen. Einige Schiffe sind gescheitert. Bisher werden 10 Tote gemeldet.

## Streik der Krankenhäuser in Wien.

Mit Wien wird uns telegraphiert: Heuer Mitternacht beginnen die Ärzte der Wiener Arbeiterkrankenhäuser, nachdem ihre Verhandlungen mit den Krankenkassen wegen einer Gehaltserhöhung gescheitert sind, mit dem Streik.

Ein schwedischer Dampfer gescheitert. ROSENHAGEN, 3. November. (Havas.) Das schwedische Schiff „Alsaure“ ist westlich von Jütland gescheitert. 15 Personen gingen dabei zugrunde.

Die Wiener Krankenhäuser drohen wieder mit dem Streik. Wien, 4. November. Der Verband der Wiener Krankenhäuser hielt gestern eine Sitzung ab, in welcher beschlossen wurde, den angekündigten Streik am 5. November zu beginnen.

Verhaftungen wegen des Belgrader Attentats. Wien, 4. November. Vorarbeiten wurden hier die jugoslawischen kommunistischen Abgeordneten Paul Pavlovic und Dusan Celic verhaftet. Sie werden beschuldigt, in Gemeinschaft mit dem vor einigen Wochen bereits verhafteten Martinka am dem Belgrader Attentat teilgenommen zu haben. Die Verhaftungen erfolgten auf Grund der Aussagen des Attentäters Steier.

Verhaftete Selbstmörder. Wien, 4. November. Hier wurde eine Selbstmörderbande mit einem gewissen Hans Huber an der Spitze verhaftet, welche seit einiger Zeit Schweizer Franken gefälscht hatte.

# Kunst und Wissen.

Neues deutsches Theater. Heute Sonntag, 5. November: Gastspiel Eard, „Holenblut“. Sonntag, 6. November, 2 Uhr nachm. Arbeitervorstellung: „Alteidbauer“ (Billi Haller als Gast), abends 8 Uhr: „Tristan“, Gastspiel Teucher.

Arbeitervorstellung. Sonntag nachm. Augenhebers „Alteidbauer“ mit Billi Haller, Logen 25—55 Kr. bei Optiker Deutsch, Graben Nr. 25.

# Turnen und Sport.

Heutige Wettspiele in Prag: Esmal Reinberg gegen EA, Rusie und Sparta Kuchire Lom. in Rusie, Tschechoslowan Kuchire gegen DFC. am DFC-Platz, Olympia VII gegen Meicor Weinberge (zugunsten der Hugenruken in Rusland).

Morgige Wettspiele in Prag: Vormittags: Meteor VIII gegen Slavia Lom., EA. Smichov gegen Rusie VIII in Rusie, — Nachmittags: 1. AC. Nürnberg gegen Sparta, DFC. gegen Brschowice in Brschowitz, Union Bistow gegen EA. Liben in Liben.

# Bereinsnachrichten.

Union der Geschäftsfreisenden und Vertreter. Prag II, Backstraße 43, veranstaltet Sonntag, den 6. D. M., um halb 10 Uhr vorm. im Speisesaal Nr. 2, des repräsentationshausem in Prag die ordentliche Mitgliederversammlung mit einem Vortrag des Herrn Malek über Valutafragen.

Herausgeber: Dr. Ludwig Egech und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Stray. Druck: Allengal'sche Druckerei, Prag.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Theater der 18. und 19. Jahrhunderte. Ohne Zweifel wird die unmittelbar bevorstehende Eröffnung des „Dio Sanssouci“ die Sensation der nächsten Zeit werden. Wir berichten schon, wie dieses größte Schauspielhaus der Republik durch geniale architektonische Ausgestaltung aus dem Wintergartenaal unromantischen Ansehens geschaffen wurde. Aus der finsternen Bühnenhalle, in der man schlecht hörte und nirgends sah, ist ein zugleich prächtiger und harmonischer Raum geworden, der für seinen neuen Zweck wie geschaffen ist. Die Besucher werden freilich über die einschneidenden Veränderungen gewaltig

staunen. Neben dem geräumigen Parkett finden sie ein Amphitheater von über sechzig Logen. Der Eingang, das Foyer mit seiner Marmorverkleidung, die Hunderte von Lichtern in der Deckenwölbung, die bequemen Garderoben, die alle Sicherheit gewährende breiten Zugänge, alles beweist den Geist der Großzügigkeit, der bei der Instandhaltung dieses echt weltstädtischen Unternehmens gewaltet hat. Kartenverkauf ab Dienstag, den 8. d. M., von 10 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags in der Passage des Palais „Coruna“, Zugang von der Grabenstraße, in den Geschäftsräumen der Wechselstube Fiskel und Bondy. Ab 3 Uhr an den Theaterkassen.

Selbstschreibende Burroughs-Additionsmaschinen der Firma Slogowski & Comp., Prag, I., Celetna ul. 35. 80 verschiedene Modelle, für jede Branche eigene Systeme. Vorführung und Probefeststellung überall unverbindlich und kostenlos. Telefon 6217. 106  
Erste Marke der Welt! Remington Standard-Schreibmaschinen mit vollständig frei sichtbarer Schrift und modernsten Einrichtungen. Neueste Modelle. Vorführungen allerorten kostenlos und unverbindlich. Remington Schreibmaschinen-Gesellschaft m. b. H., Prag I., Celetna ul. 35, vis-à-vis dem Obecní dum. Telefon 2871. 107

Rechtzeitig eindecken!  
Weihnachts-Wunderkerzen „UNIO“  
in bekannter erstklassiger Qualität erhältlich bei allen Grossisten einschlägiger Branchen, wo nicht, direkt in der Fabrik „UNIO“-Werke, Ges. m. b. H., Pilsen.  
Generalvertreter:  
JOSEF POLLAK, Weinherge, Resselová 3.  
Telephon 210. 213

**CAFÉ ELEKTRA**  
PRAG-WEINBERGE,  
beim Museum, neben dem Deutschen Theater.  
TREFFPUNKT DER GENOSSEN  
Telephon 4854. 124

**EGGER & CO.,**  
PRAG-KARLIN, Královská tř. 14.  
FABRIK PHARMACEUTISCHER ZUCKERWAREN.  
Eggers Milch- und Kaffekaramellen,  
Eggers 140er Peppermint 87  
In allen Konsumvereinen erhältlich.

**Drucksorten**  
aller Art, modernst ausgeführt liefert raschest die  
Druckerei der TRIBUNA A.-G.  
Prag II., Karlovo nám. 15.  
Telephon 3090. Voranschläge gratis. Telephon 3090. 147

**Marx-Kalender für 1922**  
in schöner, geschmackvoller Ausführung das Stück mit Block zu Kč 2-15, sowie  
**Adler- u. Seligerkalender**  
mit Block das Stück zu Kč 2-—, liefert  
**Photokal, Fabrik phot. Kartons u. Kalender**  
**Pankratz & Co., in Neuern, Böhmerwald.**  
287

**BOHMISCHE UNION-BANK**  
Eingezahltes Aktienkapital  
120.000.000 K.  
Reservefonds 64.900.000 K.  
FILIALEN:  
Asch, Braunau i. B., Brünn, Freiwaldau, Friedek-Mistek in Schlesien, Gablonz, Graslitz, Hohenelbe, Jägerndorf, Karlsbad, Königshof a. E., Mährisch-Schönberg, Neutitschein, Olmütz, Prossnitz, Reichenberg, Rumburg, Saaz, Troppau.  
Telephon-Nr.  
2006-2010, 6980-6984.  
Kommandite in Wien:  
**ROSENFELD & Co.**  
Durchführung aller bankgeschäftlicher Transaktionen. 1

**Ebermanns**  
Mundwasser — Zahnpulver  
das BESTE und BILLIGSTE zur täglichen Zahnpflege. 64  
Erhältlich in Apotheken, Droguerien, Parfümerien und Konsumvereinen.  
Dr. Ebermann, Prag 619-I.

**Kuh & Kreisch**  
Likörfabrik  
Teplitz-Schönau. 29

**Likör- und Essig-Fabrik**  
B. u. L. Windholz, Brünn. 3  
Spezialitäten: Curacao Triple Sec-Getreidekümmei.  
„Spaniola Griolette.“



**Inserieren bringt Erfolg!**

**PRESSHEFE UND SPIRITUSFABRIK**  
**Hamburger & Co., Ges. m. b. H.,**  
FREUDENTHAL, Versandstelle PRAG 619-I. 188  
bedient im Auftrage der Grosseinkaufsgesellschaft die Konsumvereine mit bester u. billigster Presshefe.

**Reisstrohbesen**  
Bürsten u. Pinselfabrik Herrmann & Co.  
Prag, Soukenická 7.  
In sämtlichen Konsumvereinen erhältlich. 253

Gegen 10 Kč auf Raten liefern wir Violinen, Mandolinen, Guitarrren, Grammophone, Platten und alle anderen Musikinstrumente, sowie auch deren Zubehör, wie Saiten usw.  
Grammophone-Import-146  
Compani Brünn, Freiheitsplatz 9  
Preisliste bei Angabe des gewünschten Musikinstr. gratis.

**Büro- und Geschäfts-Einrichtungen**  
amerik. Roll-Flachpulte, Registraturen, Kassen-Regale, Verkaufspulte, Gasthausmöbel etc. offeriert den p. t. Gewerkschaften und Genossen, schaftlen zu Vorzugspreisen 127  
**A. Kominik, Prag II.,** Renovační 6, Telefon 8514-VIII.

**Neu, Zu- und Umbauten**  
für Privat, Gemeinden, Industrie und Landwirtschaft. Projektverfassung u. Bauleitung für alle Bauarbeiten.  
**Baukontrolle**  
während der Ausführung.  
**Revisionen**  
der Abrechnungen für hier und auswärts übernimmt Firma 39  
**Robert Beutel, Baumeister**  
Aussig, Goethestrasse 15.  
Telephon 691|VIII. Gegenüber d. Hauptpost

**Allen Herren** empfehlen wir unsere garantiert verlässlichen, hygienischen Gummischutzmittel: stets nur frisch, keine Ware lagernd. Original „OLLA“, primissima Qualität, Nr. 100 84 Kč, Marke „NOVITAS“ in Qualität, Nr. 100 42 Kč per Dutzend. Versandspesen 3 Kč extra. Lieferung streng steril ohne Inhaltsangabe. Reichhaltiger, illustrierter Prospekt Nr. 100 über kosmetische und intime hygienische Artikel gegen 2 Kč in Bar oder Marken. 217  
„NOVITAS“, Versandgeschäft, Aussig a. E.

**Kanafase, Inlete!**  
in kompletten Breiten. Chiffone, Damaste, eigene Erzeugung von Arbeiterwäsche, ferner grosse Auswahl in aller Art Barchenten und Kleiderstoffen.  
**Otto Taussig, Prag I., Dušní 1.**  
Telephon 6039|VI.  
Persönlicher Besuch erwünscht. 126

**Übersetzungen**  
in alle Sprachen, rasch, zuverlässig, preiswert  
**The International Spectator, Prag II.,**  
Panská 9. 69

**Brüder Tauber**  
Weingrosshändler  
Weingutsbesitzer  
Prag-Wysočan.  
Genossen! Leset und verbreitet euer Zentralorgan.

Wir erzeugen wieder feinste  
**Theemargarine „SANA“**  
und vorzügliche  
**Tafelmargarine „AXA“**  
den besten, altbewährten Butterersatz der Neuzeit in Friedensqualität.  
**Sana Ges. m. b. H., Prag-Bloubětín**  
Půjčovní 2. 151

**BERSON GUMMIABSÄTZE**  
BILLIGER ALS LEDER